

Der Steinarbeiter

Wochenzeitschrift des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Erscheint wöchentlich am Sonnabend. — Bezugspreis vierteljährlich durch die Post 6 Mark. — Eingetragen in der Reichs-Postliste unter Nr. 7528. — An Nichtverbandsmitglieder wird die Zeitung unter Kreuzband nicht versandt.

Schriftleitung und Versandstelle in Leipzig
Zeiler Straße 30 IV, Volkshaus, Ausgang B oder C
Fernruf 7505

Schluss des Blattes: Montags, mittig 12 Uhr. — Die Anzeigengebühr beträgt für die dreispaltige Kleinzeile 4 Mark. — Anzeigen werden nur bei vorheriger Einsendung der Kosten aufgenommen. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 10 Sonnabend, den 11. März 1922 26. Jahrgang

Lohnbewegungen.

Laufende Notizen unter: „Sperrt“, „Streit“, „Zugut fernhalten“, werden nur aufgenommen, wenn der Schriftleitung mindestens alle zwei Wochen kurzer Bericht gegeben wird. — Sperrnotizen finden nur Ausnahme, wenn der Grund der Sperrung geschildert wird.

Sperrt:
Betrieb Keiner in Augsburg-Pfersee. In Raumburg Burg Horn. Das Grabsteingeschäft von Franz Koll in Paderborn. In Krefeld das Grabsteingeschäft. In Bremen die Grabsteingeschäfte: Berger u. Traupe, S. Kiebel, Kurt Winter, Grunscheel, Eggert, Fr. Bachsmuth, Bert & Co. Baumhauzsch (Murgal), Reichsbach i. Bogtl. Platz Seilmann. In Aurtich Betrieb Friedr. Garmas.

Streit:
In Mühlhausen Thür. (in sämtlichen Grabsteingeschäften sowie bei Höppl und Ortlepp in Gayerode). In Langensalza (Wdr. Rische). In Gommern bei der Firma C. Wehler u. Co. (ausgesperrt). In Burgschwalbach (Kalksteinarbeiter). In Berlin (Marmorarbeiter). In Aurtich (Firma Flehner u. Schulenberg). In Dramburg (Firma Heint. Kerius. Der Inhaber scheint ein Gemütskranke zu sein, denn er hat den Lohn einfach herabgesetzt, trotz der Teuerungsteigerung.) In Sangerhausen, Nordhausen, Artern und Eisleben.

Zugut ist fernzubalten:
Außer den genannten Orten unter Sperrt und Streit von München (allgemein), von Deggendorf a. Deister. Von Braunschweig (Grabmalbranche).

In den Jura-Marmorwerken, Gündelsheim, Platz Gasteiger, besteht seit längerer Zeit die 33stündige reduzierte Arbeitswoche. Von Arbeitsangeboten nach dort ist unter allen Umständen Abstand zu nehmen, Kustunft erteilen die dortigen Kollegen.

Erzielte Bewegungen.

Städt. i. Erzgeb. In den Serpentinsteinwerken wird vom 1. Februar eine Stundenlohnzulage von 1,67 M., vom 1. März um insgesamt 2,67 M. auf den bisherigen Lohn gezahlt.

Dessau. Vom 14. Februar wurde der hiesige Steinmetzlohn um 2 M. ausbezahlt, beträgt dann 15 M. pro Stunde.

Magdeburg. Steinmetzlohn ab 25. Februar 16,00 M.

Alteisen-Vernunft. Die Akkordlöhne wurden auf das Zwangsmaß von 1914 erhöht.

Altenrönan i. Hessen. Ab 17. Februar erhöhen sich die Stundenlöhne der hiesigen Marmorarbeiter um 0,50 M. und vom 1. März ab um 1,50 M.

Rothenburg a. Tauber. Nach kurzem Streit erreichten die Steinmetzen in den hiesigen Geschäften eine Stundenlohnzulage von 2,05 M. Ab 16. Februar bis 15. März beträgt der Stundenlohn 11,50 M.

Mies. Im Marmorwerk wurden für März folgende Löhne abgeschlossen: Marmorarbeiter 14,30 M., Maschinenarbeiter 14,05 M., Maschinenhilfsarbeiter 13,80 M., Hofarbeiter nach 4 Wochen 12,25 M., Hofarbeiter, Einstellungslohn, 11,70 M., 1. Werbader 14,30 M., Werbader 13,50 M., 1. Schmiede und Schlosser 14,30 M., Schmiede und Schlosser 14,05 M., Schleiferinnen nach 1 Jahr 9,50 M., Schleiferinnen nach 6 Monaten 8,80 M., Schleiferinnen, Einstellungslohn, 7,80 M., Maschinenisten für 14 Tage 16,68 M., Putzler für 14 Tage 18,72 M.

Unterfranken. Die derzeitigen Stundenlöhne der Marmorarbeiter erhöhen sich vom 15. Februar an um 40 Prozent und der Akkordarbeiter um 20 Prozent. Eine Neuauflistung und entsprechende Erhöhung der einzelnen Akkordlöhne soll noch erfolgen.

Bayerische Schieferindustrie. Am 24. Februar wurde in Nürnberg durch Vereinbarung mit dem Bayerischen Steinindustrieverband die Teuerungszulage von 950 auf 1200 Prozent ab dieser Lohnwoche und um weitere 50 Prozent vom 20. März an erhöht. Die Akkordarbeiter und Handwerker erhalten für jede geleistete Lohn- und Akkordarbeitsstunde die gleiche Stundenlohnzulage.

Schiefer- und Werksteingebiet Steinhilf u. Umg. i. Th. Vom 6. März an erhöhen sich die Stundenlöhne aller Arbeiter und Arbeiterinnen um 10 bis 25 Prozent, je nach Altersklassen. Die Akkordlöhne wurden um 25 Prozent erhöht. (Die neuen Lohnsätze siehe unter Zahlstellenberichte.)

Werksteinfabriken Taubertischheim-Milashausen. Der Schlichtungsausschuss Rosbach entschied, daß ab 17. Februar die Lohnsätze um 15 Prozent und ab 17. März um zusammen 25 Prozent zu erhöhen sind. Die Firma nahm den Entsch. an.

Strehlen. Nach einwöchigem Streit in den Krummendorfer Quarzgrüben wurde pro Stunde ein Teuerungszuschlag von 3,50 M. erzielt. Die Arbeit wurde am 6. März wieder aufgenommen.

Raumburg. Durch Entsch. des Schlichtungsausschusses wurde der Stundenlohn vom 27. Februar an auf 15,30 M. erhöht.

Erhöhung der Teuerungszulage in den Granitsteinerzeugern. Am 27. Februar 1922 kam zwischen den beiderseitigen Vertretern des Verbandes Deutscher Granitwerke und des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands folgende Vereinbarung zustande: „Die Teuerungszuschläge auf den Grundlohn erhöhen sich ab 18./17. Februar um 100 Prozent, ab 2./3. März um weitere 50 Prozent, ab 16./17. März um weitere 50 Prozent. Die Verhandlungen gestalteten sich diesmal wegen der in den Bezirken teils bestehenden, teils beabsichtigten Sonderabmachungen besonders schwierig. Vorbehaltlos stimmten diese Abmachungen nur sämtliche Arbeitnehmervertreter und die Arbeitgebervertreter des Fichtelgebirges, sowie der Arbeitgebervertreter von Rostock zu. Die von den Arbeitgebervertretern der Lausitz und des Odenwaldes erhobenen Einwände machen die Herbeiführung einer bezirkslichen oder örtlichen Verständigung notwendig, doch darf wohl erwartet werden, daß sie ohne große Reibungen erfolgt. Bei den bevorstehenden Verhandlungen zur Erneuerung des Reichslohntarifes wird das Hauptgewicht darauf gelegt werden müssen, die zum Teil recht erheblichen Unterschiede zu verringern, damit die Interessengegenstände der verschiedenen Bezirke nach Möglichkeit ausgeglichen werden.“

Bayerischer Wald. Der Verband der bayerischen Granitindustriellen teilte der Gauleitung telegraphisch mit, daß die Teuerungszulage des Fichtelgebirges auch für die Werksteinerzeuger im bayerischen Wald anerkennen. (17. Februar 100 Prozent, 2. März und 17. März je weitere 50 Prozent.) Damit hat sich der Streit erledigt.

Arnsfeld. Der Stundenlohn beträgt für Steinmetzen und Marmorarbeiter vom 24. Februar an 17 M. pro Stunde.

Die gegenwärtige Teuerung und die Steinindustrie.

Die zwischen dem 18. und 20. Februar eingetretene Brotteuerung hat, wie vorausgesehen war, nicht nur auf diesem Gebiet eine 75prozentige Erhöhung gebracht, bekanntlich kletterten alle Preise nach oben, einerlei, ob es sich um Nahrungsmittel oder sonstige Lebensbedarfsartikel handelt, wie Kleidung, Mieten, Heizmaterial, Haushaltungsgegenstände, Tageszeitung usw. Die allgemeine Teuerungstendenz zeigt also „wieder einmal“ steil nach oben. Die Folge davon für Arbeiter und Angestellte ist: Lohnerhöhungen fordern und versuchen, sie mit allen Mitteln zur Anerkennung zu bringen! Wir haben schon mehr als einmal an dieser Stelle aus- einandergesetzt, daß alle, die ihre Arbeitskraft verkaufen, tatsächlich kein anderes Mittel haben als durch Lohnaufbesserung ihre Einnahmen ihrem Bedarf anzupassen. Dieser Versuch mit dem Willen auf Erfolg muß sogar unternommen werden, unbefürchtet darum, wo und wie der oder die Betroffenen, die jene Arbeitskräfte benötigen, die höhere Betriebsausgabe decken können oder zu bedenken. Es gibt nun eine große Anzahl von Arbeitgebern und Unternehmern, die diese einfache logische Tatsache im Gedankengang des Arbeiters niemals als richtig anerkennen, sie als falsch und im Widerspruch mit den volkswirtschaftlichen Begriffen hinstellen. Ja, es gibt sogar solche, die ob dieser Schlussfolgerung uns als „verrückt“ und als „Hecker“ bezeichnen. Dagegen wollen wir nicht polemisieren, sondern nur sagen, daß diese Bezeichnung „verrückt“ in späterer Entwicklung sicherlich auf die heutige privatkapitalistische Wirtschaft angewendet wird. Das Wort „Hecker“ nehmen wir ungefähr so mit in Kauf, wie wir die Bezeichnung „Vogel“ im Kriege und nach dem Kriege die Bezeichnung „Bonze“ aufgenommen haben. Doch nach dieser Bemerkung wollen wir wieder auf den Kern zurückkommen und hervorheben, daß die Arbeitgeber auf Grund ihrer eigenen Lebenshaltung wissen müssen, daß von einem weiteren Einschränkungen der Arbeiter mit ihren Familien, um die Teuerung auszugleichen, nicht geredet werden kann, weil es tatsächlich unmöglich ist. Trotzdem bekämpfen sie mit allen Mitteln im „Lun und Lassen“ und Neben jede Forderung ihrer Arbeiter und Angestellten. Man hört nicht selten in bezug auf die berechtigten Ansprüche die Worte: Erpressung, frivole Forderung, Unverschämtheit usw. Alle zahlenmäßigen Unterlagen von der Teuerung (privat oder amtlich) werden mit einer Art überlegenem Rädeln abzutun versucht. Wenn alle diese Arbeitgeber sich mehr um die Bedürfnisse und Anforderungen in ihrer eigenen Hauswirtschaft bekümmern und sich zugleich mit der Wahrheit abfinden würden, daß der Lohn- und Gehalts- empfangener mit seinen Angehörigen dasselbe Recht zum Leben und zur Lebensfreude hat, wie ein Arbeitgeber mit seinen Angehörigen, dann hätte ohne Zweifel manche Auseinandersetzung über die Entlohnung einen anderen Charakter und auch eine demgemäße Auswirkung. Ein anderer recht beliebter Einwurf der Arbeitgeber ist, daß sie sagen: „Auf dem deutschen Volk lastet das Friedensdiktat, unsere Lebenshaltung kann nicht wieder auf die Höhe der früheren Jahre gebracht werden!“ Also einschränken und nochmals einschränken. Man gebraucht dieses Argument jedoch nicht für sich, sondern will es meistens nur für andere angewendet wissen, um das Einschränkungen von sich abzuwehren. Das liegt im menschlichen Egoismus, ist gewiß verständlich, nur lassen wir es nicht für die Arbeiterklasse allein gelten; denn die ganze Aufmachung der sogenannten besseren Schichten zeigt alles andere, nur keine Einschränkung auf Grund des Friedensdiktats. Aber wie sieht denn der Vergleich mit früher überhaupt aus, und hat ein Lohn- oder Gehaltsempfänger die frühere Lebenshaltung erreicht?

In früheren Jahren, wo die Preise außer kleinen unbedeutenden Marktschwankungen stabil waren, brachte jede winzige Pfennig- Lohnaufbesserung ohne weiteres eine Steigerung der Lebenshaltung, wenn auch in bescheidenen Grenzen. Heute kann bei einer Lohnaufbesserung so etwas behauptet werden; denn heute ist jede Lohn- und Gehaltsaufbesserung immer nur der schwache Versuch, das Einkommen den vorausseilenden Preisen anzupassen, und zwar erst immer dann, wenn die Teuerung bereits eingetreten ist. Durch dieses Hinterherhinken mit dem Einkommen wird die Differenz zwischen Lohn und Lebenshaltungskosten immer größer und damit in den Familien der Arbeiter und Angestellten auch die Not in ihrer ganzen Rauhheit. Ein kleines Zahlenbeispiel aus einem in der Lohnhöhe früher und jetzt nicht an letzter Stelle stehenden Ort mag als Beweis dienen:

Der Wochenlohn eines Dresdner Steinmetzen betrug 1914 89,84 M. Für seine Familie mit vier Köpfen benötigte er nur zur Befriedigung ihrer Wagenbedürfnisse 1914 pro Woche 16,10 M. Bis zum 9. Februar 1922 waren diese Kosten in derselben Stadt jedoch auf 572,31 M. gestiegen und der Wochenlohn auf 607,50 M. Das ist nun eine Steigerung der Kosten für die Wagenbefriedigung pro Woche um 3466 Prozent. Der Wochenlohn stieg in derselben Zeit um nur — 1424 Prozent!

So ähnlich liegt es in allen Orten der Natursteinindustrie, ob Brecher, Steinmetz, Schleifer, Pflastersteinmacher oder Hilfsarbeiter, ob in Sandstein, Granit, Marmor, Basalt, Schiefer oder Lithographiestein gearbeitet wird! Je entlegener die Arbeitsgebiete von einer Großstadt sind, desto krasser wird die Differenz zwischen Lohn und Lebenshaltung, und wenn auf dem Lande dieser oder jener Kollege etwas Vieh oder ein Ackerchen sein eigen nennt oder gepachtet hat, so wiegt der Ertrag noch lange nicht das Minderhältnis zwischen Lohn und notwendigem Lebensbedarf auf. Auch in einigen Städten bauen einige Kollegen ihren „Grünteam“, füttern Karnikel, manchmal auch ein elendes Ziegengeßel, aber trotz allem rechtlichen Streben, auch wenn sie das Futter so nebenbei mitnehmen, wo es im Wege liegt, sie können dadurch nicht abwehren, mit ihrer Lebenshaltung auf den Hund zu kommen. Trotz aller Betätigung als „Wurzel-Indianer“ können sie also nicht die klaffende Differenz zwischen Lohn und Bedarf ausgleichen. Die Aufbesserung der Löhne läßt sich nicht umgehen, sie muß gefordert und eventuell darum gekämpft werden. So sieht die Unternehmung aus mit dem Vergleich von früher und dementsprechend ist auch der Hinweis mit dem „Friedensdiktat“ einzuschlagen. Im Zusammenhang mit dem Lohn und der bereits längst eingetretenen Zurückraubung der Lebenshaltung wirkt es als Phrase und ist außerdem nur das Nachplappern einer Aeußerung des französischen Volkstifters.

Nimmt nun gar eine Industrie, wie zum Beispiel die Natursteinindustrie, eine minder wichtige Bedeutung in der augenblicklichen Bedarfswirtschaft ein, dann ist dieser Zustand für die Arbeitgeber ein Beweis mehr, um Lohnerhöhungen nicht gewähren zu können. Die mangelnde Lage mancher Zweige in der Stein-

industrie und manchen einzelnen Arbeitgebers oder Unternehmers soll durchaus nicht verkannt werden; Bauartigkeit, Zölle, Frachten, Absatz und Betriebslasten machen ihnen das Leben mehr oder weniger schwer, und doch kann nicht dauernd verlangt werden, daß die Arbeiter und Angestellten mit ihren Familien zugunsten dieser einzelnen Arbeitgeber und ihrer Angehörigen oder zur Erhaltung des Betriebes darben und bei der steigenden Teuerung noch mehr darben. Beim genaueren Hinschauen ist die Lebenslage des notleidenden Arbeitgebers im Vergleich zu jener seiner Arbeiter eine ganz andere, ja weit erträglichere! Diese Verhältnisse sind den Kollegen bekannt und sie sagen mit Recht: „Wenn es auch einzelnen Betrieben anerkanntermaßen schlecht geht, so darf diese Tatsache durchaus kein Freibrief sein, daß in bestimmten Zweigen, ganze Bezirke sich jeder notwendigen Lohnaufbesserung ablehnend gegenüber verhalten!“ Betrachten wir die Natursteinindustrie und die einzelnen Gruppen insgesamt, dann ist das Resultat ein ganz anderes. Es ist einfach nicht wahr, daß die Gesamtindustrie keine Lohnerhöhung ertragen kann! Die Notlage der Natursteinindustrie darf zu keinem iden Schlagwort werden. Wohl ist der Bedarf im Inland zurückgegangen, die Arbeiterzahl ist eingeschränkt, doch für die hergestellten Produkte werden ganz annehmbare Preise erzielt. Ferner wissen wir, daß viele Firmen, ja hauptsächlich alle die sogenannten „großen“ für das Ausland arbeiten (Pflasterstein, Schotter, Werkstein, Marmor, Schiefer, Lithographiestein), sie erzielen dabei bedeutend höhere Preise, wie es im Inlande möglich ist. Das bringt schon die Zwangsreicherung der Außenhandelskontrolle mit sich. Diese Kontrolle mit ihrer Wirkung auf den Preis und damit auch auf den Gewinn ist sogar einigen Betriebsinhabern äußerst un bequem und sie versuchen ihre Produkte hinterher durch allerhand Manipulationen ins Ausland zu verschleppen, haben mitunter auch Erfolg. Diese illegale Auslandsbelieferung erfolgt zu bedeutend billigeren Preisen und erhöhten Spejen; ein Beweis, daß trotz dieser Verbilligung immer noch „verdient“ wird. Demnach muß es also um die Lage der Gesamtindustrie doch gar nicht so schlecht bestellt sein? Man komme uns nicht mit dem Einwand, daß es Angliederungen sind, nur um diesen oder jenen Betrieb aufrechtzuerhalten oder gar mit der beliebten Ausrede: „Um für die Arbeiter die notwendige Beschäftigung zu schaffen!“ Daran glaubt keiner! Dem einzelnen Betriebsinhaber, der solche Schiebungen fertig bringt, stellt die Art seiner Manipulationen das beste Zeugnis über seine Geschäftstüchtigkeit aus, dann ist es mit den lobenswerten Eigenschaften aber gleich vorbei. Für die Steinarbeiter ist es jedoch ein Beweis — ob die Geschäfte nun so oder so sich vollziehen —, daß die Gesamtfrage der Natursteinindustrie nicht die ablehnende Haltung der Arbeitgeber bei den jetzt durch die erneute Teuerung sehr notwendigen Lohnaufbesserungen rechtfertigt.

In allen Zweigen der Steinindustrie und besonders dort, wo die Entlohnung hinter der der übrigen örtlichen Arbeitergruppen zurückgeblieben ist, haben unsere Kollegen die Pflicht, mit ihren Forderungen nicht locker zu lassen und wenn alle Verständigungsversuche und alle friedlichen Mittel nichts fruchten, dann muß die Situation auf die Formel gebracht werden: „Liegen oder brechen!“

Aus dem Mitgliederkreise über Verbandstagsfragen.

Zur Verschmelzungsfrage. Nimmt man den „Steinarbeiter“ zur Hand und studiert die verschiedenen Meinungen zur Verschmelzung mit dem Bauarbeiterverband, da schüttelt man unwillkürlich den Kopf. Anfangs glaubte ich, es handle sich um jüngere Kollegen, denen das richtige Bewußtsein mit dem Steinarbeiterverbande noch abgeht, leider finde ich, daß sogar alte Kollegen, die Jahrzehnte im Steinarbeiterverband mitwirkten, für den Anschluß zum Baugewerksbund eine ganze Breche. Da muß ich schon fragen: „Wo waren denn die Kollegen beim Aufbau unseres Verbandes? Konnten die Kollegen sich nichts Besseres schaffen, als es nun ins alte Eisen zu werfen? Sollen da die jüngeren Kollegen sich vielleicht ein Muster aus diesem Vorgehen nehmen und tüchtige überzeugte Kollegen werden?“ Würde der Ältere, den man doch zu den Erfahrensten rechnet, an dem, was er sich mit Mühe und Opfern geschaffen hat, festhalten und weiter ausbauen, dann würden die jüngeren Kollegen sich der Sache anpassen und würden verstehen lernen, daß der Steinarbeiterverband ein Bollwerk nicht nur war, sondern es heute noch ist und künftig bleiben wird. Ich verstehe voll und ganz, daß die Steinarbeiter zum Teil mit den Löhnen der übrigen Gewerkschaften nicht Schritt gehalten haben, muß aber bedauerlicherweise feststellen, daß es trotz Verschmelzung mit dem Baugewerksbund nicht möglich sein wird, in den nächsten Jahren in den Steinbruchbezirken sich soweit empor zu arbeiten, um den andern Löhnen nachzukommen. Das kann sich nur ändern, wenn zum Beispiel das Bauen billiger wird und mehr Naturstein Verwendung findet, und ferner stabile Wirtschaftsverhältnisse Platz greifen. Dazu ist gegenwärtig keine Aussicht vorhanden. Ich will es ganz besonders betonen: Die große Masse ist gut, so lange sie den großen Lohf sieht, aus dem sich jeder heraushehlen kann, was ihm beliebt. Wird das aber unterbunden, wird rücksichtslos zur Gewalt gegriffen und man wirft, was man selbst geschaffen, einfach beiseite. Der Baugewerksbund als Ganzes ist wohl gut. Aber warum soll man das nicht auch vom Steinarbeiterverband sagen? Bei dem ersteren müssen wir erst noch abwarten, ob sich das Gute bewahren wird, bei dem letzteren sind wir Jahrzehnte eingelernt und wissen, was er leistet. Möge nur jeder Kollege seinem Berufsverbande das Interesse entgegenbringen, was einzelne dem Baugewerksbund entgegenzubringen scheinen. Wir wären dann ein ganzes Stück vorwärts!

Bedauerlicherweise ist die Arbeiterschaft in zwei Hauptlager gespalten, das eine will aus unserer Wirtschaft nach russischem Vorbild einen Trümmerhaufen machen, das andere will nach besten Kräften aufbauen. Ich möchte nun den gesamten Kollegen unseres Verbandes zurufen: prüfet nur richtig, und ich bin sicher, dann kommt ihr zu dem Entschluß: Wir bleiben bei dem, was wir uns selbst geschaffen haben. Ganz besonders bringe jeder dem andern das nötige Vertrauen entgegen, so wie es früher war. Bei dem großen Apparat, den der Baugewerksbund nach Infratreten darstellen wird, ist es sehr fraglich, ob er in der Lage sein wird, alles so zu übersehen, wie es die einzelnen Fachverbände können.

Auch im Wesen der Beiträge kann der Baugewerksbund nichts verschonen. Streiten wir uns also nicht um Weisensfremdes, sondern bleiben wir im Innern eins, das tut uns mehr not als sonst, dann können wir auch dem Dritten als lachenden Erben (dem kapitalistischen Unternehmertum) die Spitze bieten.

R. Schneider.

Der neunte Verbandstag, so lautete die Ueberschrift vom Roll. G. aus Weimar im Steinarbeiter Nr. 7. Die 9. Generalversammlung steht vor der Tür. Da gibt es immer Verbandsmitglieder, die mit der Verbandsleitung, deren Beschlüssen und Entscheidungen stets unzufrieden sind. Zu denjenigen zählt auch Roll. G., der sich recht selbstgefällig „Opposition“ nennt, nach den neueren Worten kann es auch Jellenbildner heißen. Diesen Mitgliedern soll niemals etwas vorenthalten werden, wenn sie bessere Ziele oder Wege der Generalversammlung unterbreiten, zugleich aber auch durch Tatsachen beweisen, was Geisteslinder sie sind. Daß dies aber meistens nicht zutrifft, beweisen die Ausführungen des Roll. G. im Steinarbeiter Nr. 7. Bei ihm gilt das Sprichwort: „Willst du nicht mein Bruder sein, so schlage ich dir den Schädel ein.“ Man sieht auch ohne Brille seine politische Einseitigkeit erstrahlen, aber auch zu welcher Parteirichtung er eingeschworen ist. Ich glaube, sozialistische Klassenkämpfer haben stets das Ziel im Auge, eintig und geschlossen zu marschieren, um für die Proleten zu kämpfen, was in ihren Kräften steht. Ein solcher Kämpfer wird niemals eine Zertrümmerung oder Spaltung mitmachen können, wie es verschiedene Sektierer innerhalb der Gewerkschaften betreiben. Ich habe bei einer Verdrängung der führenden Verbandsmitglieder durch die Opposition bei andern Verbänden niemals die Erfahrung machen können, daß durch ihren Ersatz vielleicht im geringsten etwas besser geworden ist. Diese Leute haben jederzeit einsehen müssen, daß auch sie mit Wasser kochen mußten. Des weiteren schreibt Roll. G. vom Würzburger Verbandstag, daß er vom Anfang bis zum Ende seine Opposition aufrecht erhalten hat, was ich aber nicht anders als Starrköpfigkeit bezeichnen kann. Aus dem Gang der Verhandlungen hat er absolut nichts schöpfen können, sondern hat nur sein persönliches Ich in den Vordergrund gestellt. Das Gegenteil hat Roll. G. von seinen anderen Oppositionskollegen erleben müssen, indem diese von 40 auf 11 zusammengefallen sind. Hier muß ich also konstatieren, daß die 20 abgefallenen Kollegen aus den Verhandlungen ihre Schlüsse gezogen haben und demzufolge auch bei den Abstimmungen sich verhalten haben. Ich würde mich niemals mit einem gebundenen Mandat irgendwohin entsenden lassen. Also, derjenige Kollege, welcher es ehrlich und aufrichtig mit dem Gesamtwohl des Verbandes meint, läßt sich nicht mit gefnebelten Händen und Füßen zum Verbandstag entsenden. Auch möchte ich doch wissen, warum sich immer wieder Kollegen finden, zu denen auch Roll. G. gehört, die den Druck des Steinarbeiters von der freien Presse zur Volkszeitung verlegt haben wollen. Hier spielt also wieder verdeckt die politische Auffassung die Hauptrolle, denn geschenkt bekommt man den Steinarbeiter nicht hier, wie dort; im übrigen gibt es, glaube ich, in Leipzig auch ein kommunistisches Druckereunternehmen. Da wäre es vielleicht doch besser, wenn man gleich beantragt, daß in jeder Druckerei ein Drittel vom Steinarbeiter gedruckt wird? Hier wird tatsächlich Vernunft zum Unsinn und Wohltat zur Plage. Goffentlich wird ein solch erneuter Antrag auch wieder ins Wasser fallen, wie auf dem 7. und 8. Verbandstag. Weiter schreibt Roll. G., das Steuerkommissariat ist fertig, wir sind nicht aufgerufen worden, um für die Erfassung der Sachwerte zu kämpfen, hier glaube ich doch, daß dieses Sache der politischen Parteien ist. Wenn aus solchen Gründen eine Aktion mit Erfolg zustande gebracht werden soll, dann muß doch vor allem ein geschlossenes Ganze dem Kapitalismus gegenübergestellt werden, nicht zerrissen, zerstückelt, gespalten und verhetzt, wie es bis heute noch der Fall ist. Dies möchte Roll. G. als Veruhigung dienen, und den zu wählenden Delegierten als Wegweiser.

Nürnberg.

Michael Blau.

Facharbeitermangel in der Steinindustrie.

Die Schulentlassung steht bevor, und mancher frische, aufgeweckte Junge hat mit seinen Eltern oder sonst Verantwortlichen noch keinen Entschluß fassen können, in welchem „metje“ er sich einrangieren lassen könnte. Für Eltern und Vormünder ist die Verantwortung in dieser Hinsicht sehr groß, größer, als von ihnen oft empfunden wird; denn sie sollen prüfen, wie die Aussichten

des betreffenden Berufes sind, dann vor allen Dingen die Eignung ihres Sprößlings. Damit steht eng im Zusammenhang die gesundheitliche Wirkung des zu erlernenden Berufs, wichtig ist ferner die Entlohnung des Lehrlings und die spätere als Geselle. Besonders das letztere wird ernst erwogen, denn das ist der Halt im Daseinskampf, und wir alle wissen aus eigener Erfahrung, wie gerade hierauf die Aufschlüsselung sich bauen. Ist nun der Vater oder Vormund in der Arbeiterbewegung recht erfahren, dann scheidet für ihn bei dieser Eignungsprüfung der Beruf ohne weiteres aus, wo das Lehrverhältnis von dem frischeren Aufstiege noch nicht berührt wurde, das heißt, der Beruf, in dem der Meister ganz Meisterindividuell die Lehrlingsfrage behandelt und mit Entlohnung zurückweist, wenn gar die erwachsenen Arbeiter auf das Lehrverhältnis einen bestimmten Einfluß ausüben wollen.

Wird alles dies reiflich geprüft, so wie es Pflicht der Eltern ist, dann kommt die Natursteinindustrie mit der Zuführung von Nachwuchs sicherlich ins Hintertreffen, und alle Anforderungen und Versprechungen von Industriellen und Steinmetzmeistern, um Lehrlinge zu bekommen, werden wenig Erfolg aufweisen. Höchstens in Kleinstädten, wo wenig Kenntnis von der Steinindustrie vorhanden ist und Eltern und Vormünder oft über ihre eigene Nase spitze nicht hinausblicken, da füllen sich schon eher die Steinbearbeitungs-Werkstätten mit Lehrlingen. Sie werden dort nicht immer eingestellt, um tüchtige Gesellen und Facharbeiter aus ihnen zu machen, der Hauptgrund ist billige und willige Arbeitskräfte zu haben. Durch einen einseitigen „Lehrvertrag“ mit recht altförmlichen Zwangsbestimmungen werden so die jungen Leute oft vier lange Jahre an den Betrieb gefesselt, und ihnen dazu manchmal eine Art Bildhauerfimmel eingepfist, der sich erst später wieder verpflückt, wenn sie in anderen Betrieben den Knüttel geschwungen und die Eisen haben spielen lassen.

In früheren Jahren hatten die großen und bekannten Steinbruchgebiete der Sandstein- und Granitgewinnung bzw. -bearbeitung durchaus keinen Mangel an Lehrlingen, heute ist dagegen dort ein vollständiger Umschwung eingetreten. Das kommt zum Teil durch die Not der Zeit. Manche Eltern sind gezwungen, ihre schulentlassenen Kinder sofort zum Unterhalt der Familie beitragen zu lassen, und ferner bringt es auch der Veruff mit sich, in den der Steinarbeiterberuf durch die Entlohnung in den großen Steinbruchgebieten geraten ist. Auch die Bezirke, wo die Granitsteinereien dominieren — Fichtelgebirge, Laufitz, Odenwald — bekommen diese Zurückhaltung des Nachwuchses recht empfindlich zu spüren. Das sind die gegenwärtigen Zustände. Hinzu kommt, daß die Berufsberatungsstellen von der Gesundheitschädigung der Steinarbeiter, speziell der Steinmetzen, gut informiert sind. Die Auswirkung von alledem ist ein Rückgang der Facharbeiter in der Steinindustrie.

Dieser Rückgang wird nach Verlauf weniger Jahre noch empfindlicher zu merken sein, wie bereits in jetziger Zeit. Der beste Grabmeister dazu bilden die Arbeitsangebote im „Steinarbeiter“ und in der Unternehmerrachpresse. Wir haben schon mehrfach festgestellt können, daß trotz mehrwöchiger Inserierung sich kein arbeitsloser Steinmetz bei den betreffenden Firmen gemeldet hat. Einzelne dieser Inserenten haben dadurch den stillen Glauben, der gegen uns zwischen den Zeilen von Mitteilungen oft hervorbricht, daß ihr Betrieb „heimlich“ gesperrt sei; solche Betriebsinhaber sind aus früheren Jahren eine größere Nachfrage nach Arbeit gewöhnt. Die Änderung ist ihnen noch nicht begreiflich. Der vermehrte Wandertrieb, durch die wirtschaftlichen Schwierigkeiten, bei den Steinmetzen trägt ebenfalls dazu bei. „Heimliche Sperren“ haben bekanntlich noch nie zu unseren Kampfmitteln gezählt, wir haben sie aus demselben Grunde verworfen, wie wir die sogenannten schwarzen Listen bekämpfen. Die Differenz zwischen Arbeitsangebot und Nachfrage ist ganz einfach daraus zu erklären, weil es tatsächlich an Steinmetzen mangelte! So mancher tüchtige Kollege, der mit allen Fasern am Veruff hing, hat sich seitwärts in die Wälder geschlagen, sein Verantwortungsgesühl gegenüber der Erhaltung seiner Familie ist größer, wie die Anhänglichkeit am Beruf, der ihn in Fleisch und Blut übergegangen war. Um diese Tatsache kommen wir nicht herum. Damit wird nun durchaus nicht gesagt, daß die Entlohnung der Steinarbeiter in allen Orten hinter die Entlohnung der übrigen Berufe zurückgeblieben sei, nein, wir haben nicht wenige Ver-

bandsorte, die durch ihre jahrzehntelange Organisationsarbeit im Zusammenwirken mit den Arbeitgebern über die Lohn- und Arbeitsbedingungen eine Art beiderseitige Erziehungsarbeit geleistet haben. Die Folgen sehen wir heute in der Entlohnung und in der Bemessung der Arbeitszeit. Das fehlt nun wieder in anderen Orten. Hauptächlich in den größeren Steinbruchgebieten stehen solche Verhandlungen immer hart auf hart. Die Lebensanforderungen werden dort leider von der Gegenseite nicht genügend berücksichtigt. Aufspählen brauchen wie diese Orte und Bezirke nicht. Die Folgen davon machen sich jetzt zweifellos bemerkbar im fehlenden Nachwuchs, wie der Facharbeiter überhaupt. Nicht nur allein bei den direkten Lehrlingen, auch jene, die als jugendliche Arbeiter eintraten und sich zu späteren Facharbeitern herausbilden, sei es als Schleifer, Dreher, Schurer, Brecher, Pflastersteinmacher usw., finden in der Steinindustrie nicht den nötigen Anreiz zu ihrer späteren Erziehung!

Immer hören wir die Klagen: „Die Natursteinindustrie leidet Not!“ Diese Not wird hergeleitet von den fehlenden Inlandsaufträgen und kann nicht bestritten werden. Wenn auch die Blütezeit der Natursteinindustrie in bezug auf das Baufach nicht im früheren Maße wiederkehrt, so lassen sich jedoch bestimmte Verwendungsgebiete im Baufach wieder und andere neu erobern, sobald die wirtschaftlichen Voraussetzungen dafür gegeben sind. Mit der Stabilisierung der Wirtschaft, die allerdings in absehbarer Zeit noch nicht zu erwarten ist, kommen diese, davon sind wir fest überzeugt. Dann wird die Not in der Natursteinindustrie noch viel empfindlicher sein, denn dann fehlen die Facharbeiter, an denen heute schon empfindlicher Mangel ist!

An diesem Zustand sollten die Interessenten der Natursteinindustrie nicht achselzuckend vorübergehen, sondern versuchen, diese Entwicklung zu bannen. In erster Linie gilt es, die erwachsenen Steinarbeiter in der Entlohnung so zu stellen, daß sie die Berufsfreudigkeit nicht ganz einbüßen. Die Lehrlingsfrage muß in gemeinsamer Beratung mit den Arbeiterorganisationen in bestimmte Richtlinien gebracht werden. An Vorschlägen von Seiten unseres Verbandes hat es bisher nicht gefehlt, aber man glaubte bei den Arbeitgebern die Sache damit abzutun, wie es in dem Reichsmantelvertrag für Marmor, Marmor und Grabmal heißt: „Die Regelung des Lehrlingswesens erfolgt nach den Bestimmungen der Gewerbeordnung.“

Das genügt heute nicht mehr, ist gleichbedeutend mit einem Kopf-in-den-Sand stecken. Auch will uns dünken, daß die im Vorstehenden geschilberten Erscheinungen erst in zweiter Linie die Arbeiter angehen, aber trotzdem werfen wir die Frage auf: Soll der Mangel an Facharbeitern in der Steinindustrie noch größer werden?

Unproduktive Lohnlasten.

Die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände verbandte vor einigen Monaten folgendes Rundschreiben an die angeschlossenen Unternehmerorganisationen:

„In der Sitzung des Tarifausschusses der Vereinigung am Mittwoch, dem 19. Oktober, wurde in Verbindung mit der Stellungnahme zur neuen Lohnbewegung eingehend erörtert, daß die Ablehnung weiterer unproduktiver Lohnlasten durch Mantel- oder Lohnstarke allmählich für die deutsche Volkswirtschaft eine Frage von grundsätzlicher Bedeutung würde, um so mehr, als die Gewerkschaften neuerdings eine Lohnpolitik verfolgen, die auf eine rückwärtslose Ausnutzung vorhandener oder behaupteter Konjunkturlagen in den einzelnen Industriezweigen und Betrieben hinauskommt. Es wurde betont, daß ein Entgegenkommen der Arbeitgeber in der Frage der Erhöhung der produktiven Löhne gleichzeitig einen geschlossenen Widerstand gegen die Uebernahme weiterer unproduktiver Lasten voraussetze.“

Die Geschäftsführung der Vereinigung hat sich nun in den letzten Wochen mehrfach bemüht, Unterlagen dafür zu gewinnen, wie hoch die gesamten unproduktiven Lohnlasten der deutschen Volkswirtschaft zur Zeit sind und in welchem Verhältnis sie zu dem gesamten Arbeitslohnkonto der Volkswirtschaft stehen. Unter unproduktiven Lasten haben wir dabei zunächst nur solche verstanden, denen eine Arbeitsleistung nicht gegenübersteht. Löhne für Arbeiter, die an dem Fabrikationsprozeß des Endproduktes nicht

Russische Verhältnisse.

Von Karl Vollmerhaus.

Das internationale Komitee „Arbeiterhilfe“ in Sowjetrußland, das ja auch in Deutschland durch Willy Mühlberg vertreten wird, übergab mir durch seinen Vertreter Franz Jung in Moskau ein Exposé über seine Tätigkeit in den Hungergebieten. Danach sollen ungeheure Mengen Lebensmittel und Kleidungsstücke von diesem Komitee in die Hungergebiete eingeführt sein. Ferner spricht man davon, daß man Kraftwagen, Lokomobile, landwirtschaftliche Maschinen, Feldfrüchte, Schmiede- und Schlosserwerkstätten in Eisenbahnwaggons dorthin gebracht habe, ferner, daß man sehr viele Kranke und Flüchtlingskinder bewirte. Man wollte mit uns in Verbindung treten, um auch in unserm Verteilungsgebiet Schwerkraftenergieleistungen durch Hausindustrie herzustellen. Die Anfänge dazu hätten sie bereits gemacht. Nach eingehenden Feststellungen durch unsere Delegation haben wir von all diesem von der „Arbeiterhilfe“ angeblich Zusammengebrachten nichts bemerkt. Auch in Rußland ist das Papier gedulbig. Nur sollte man sich hüten, jemand etwas vorzumachen, der den Dingen auf den Grund geht.

Unsere Delegation sprach dem Vertreter der Sowjetregierung gegenüber den Wunsch aus, man möchte in ähnlicher Form, wie es bei der Ranssen-Mission sowie bei der rein kapitalistischen amerikanischen Relief-Administration (Ara) geschehen sei, unsere Hilfsaktion der Öffentlichkeit durch die Zeitung bekanntgeben. Das geschah den auch in der Sowjetia vom 24. Januar, jedoch in einer Weise, daß man daraus nicht erkennen kann, ob die Mission von der Gewerkschaftsinternationale Amsterdam oder von der Roten ausgeht. Die Benennung darin ist: „Internationale Föderation der Gewerkschaften“. Wir hatten zwar den ausdrücklichen Wunsch, ausgesprochen, auch das Wort „Amsterdam“ mit aufzunehmen, was allerdings unterblieben ist.

Es ist selbstverständlich, daß ich bestrebt war, in die wirtschaftlichen Verhältnisse Rußlands einzudringen, nachdem ich die Außerlichkeiten überschaut hatte. Ich begab mich deshalb eines Tages zu der Gewerkschaft der Metallarbeiter, um die Gewerkschaftsorganisationen kennen zu lernen, und ferner eine Fabrikbesichtigung vorzunehmen zu dürfen.

Die Bureaus der Organisation befinden sich in einem schloßähnlichen Gebäude, das seinen alten Glanz vollständig verloren hat. Ich glaubte einen neuen Glanz dort vorzufinden, der dem bisherigen großen Geschrei der Roten Gewerkschaften Rußlands Rechnung trüge. Aber weit gefehlt! Ich habe trotz Suchens nicht entdecken können, welche praktische Gewerkschaftsarbeit in organisatorischer wie in sozialer Hinsicht dort geleistet wird, trotzdem es meines Dafürhaltens genug Angestellte gibt. Würde in Deutschland in den Gewerkschaften so verfahren, so wohl! Ich wurde durch die gesamten Räume geführt, von denen jeder seine Bestimmung hatte. In dem Raum für Statistik habe ich allerdings vergebens nach irgendwelchem Material gesucht. So wie in diesem, war es in allen Räumen, sei es in der Produktionsabteilung oder sonstwo. Man macht alles aus dem Gedächtnis! Irigendwelche Registratur ist ebenfalls nicht vorhanden. Die Besichtigung dieses Instituts, sowie die nachherige Besichtigung der Fabrik stieß allerdings auf einige Schwierigkeiten. Nur durch mein beharrliches Verweilen gelang es mir, den Präsidenten des Moskauer Metallarbeiterverbandes zu bewegen. Er schien allerdings nicht kompetent zu sein, mir eine Fabrik zu zeigen. Er schickte mich deshalb die Situation dadurch, indem ich mich erbot mit Losowski, dem Vorsitzenden der Russischen Gewerkschaften und der Roten Gewerkschaftsinternationale, telefonisch zu sprechen. Nach ungefähr einständiger Wartezeit erhielt ich die Erlaubnis, eine Fabrik zu besichtigen. Wir verabredeten, das am nächsten Tage, da es an

diesem Tage zu spät geworden war, zu tun. Als ich am folgenden Tage die Organisation aufsuchte, wurde mir mitgeteilt, daß der Präsident gerade einen Vortrag halte über die von Lenin am Tage vorher herausgegebenen Thesen über die Unabhängigmachung der Gewerkschaften von den Sowjetbehörden. Die Sitzung fand in einem Zimmer statt, das seinem ehemaligen Besitzer wahrscheinlich als Musikzimmer gedient hatte. Möbel, Stuhl usw. liegen das trotz des Verfalls erkennen. Ungefähr 25 Personen nahmen an dieser Sitzung teil. Nach einstündigem Vortrage des Präsidenten, in dem er sich auf den Boden dieser Thesen stellte und betonte, daß dann auch für die Gewerkschaften das bisher verbotene Streikrecht in Geltung käme, durften die Anwesenden nur Fragen stellen, die der Präsident beantwortete, worauf er die Sitzung schloß. Aus der Fragestellung ging hervor, daß ein großer Teil der Anwesenden sich diesen Thesen nicht anschließen konnte. Eine angestellte Kommunistin erklärte mir, daß es doch unmöglich sei, daß die Arbeiter eines Staatsbetriebes streiken dürften und dann noch gar mit Zustimmung der Gewerkschaften.

Nach diesem Bild der Desorganisation fuhr das Verbandsauto vor und wir begaben uns nach der Fabrik von Brunle. Dies ist eine Metallfabrik, in der jetzt 800 Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt werden. Sie gilt als Fabrik erster Ordnung, d. h. sie erhält vom Staat die Materialien und liefert die fertigen Produkte an ihn ab. Außerdem erhalten die dort Beschäftigten einen größeren Wajoz (Lebensmittelanteil) als in andern Betrieben und sind weiter im Affordlohn etwas besser gestellt. Gemessen an den deutschen Verhältnissen, ist der Reallohn um Bedeutendes geringer. Die Fabrikation dieser Fabrik besteht hauptsächlich in Werkzeugen, Drehbänken, Kartoffelrodmaschinen, Kegeln und Senfer. Ein Teil der Fabrik mußte früher stillgelegt werden. Ein während des Krieges angefangener Neubau ruhte ebenfalls. Der leitende Ingenieur erklärte uns die Fabrikationsmethode. Er konnte dabei keine genauen Angaben über die Fabrikationsdauer der obengenannten Maschinen machen. Die Organisation sowie die maschinellen Einrichtungen der Legte- und Senfenfabrikation ging einigermachen, während bei den andern Produktionszweigen alles sehr primitiv war. Soziale und hygienische Einrichtungen in der Fabrik, wie Umkleieräume, Waschgelegenheiten, Schutzvorrichtungen usw. sind kaum vorhanden. Die Arbeiter stehen zum Teil in ihren Zelken bei der Arbeit. Die „windigen“ Räume bedingen das. Alle Arbeiter und Angestellten sind zwangsläufig Mitglieder der Gewerkschaften. Man findet unter ihnen sehr wenig Kommunisten, dafür mehr Parteiloze. Der kommunistische Direktor der Fabrik, ein ehemaliger Arbeiter, hat die Leitung und ist der allein bestimmende Teil. Auf eine Frage des Direktors, wie es mir gefiele, erklärte ich ihm unverhohlen, daß ich von Sozialismus oder gar Kommunismus in dieser Fabrik nichts gesehen habe. Darauf erklärte er mir prompt, daß wir daran schuld seien, weil wir die Weltrevolution nicht gemacht hätten. Eine kaufmännische Abteilung hat bis jetzt diese Fabrik nicht. Eine solche macht sich aber jetzt nach Aussage des Ingenieurs notwendig, weil sie in letzter Zeit vom Staat nicht in genügender Weise mit Materialien sowie Lebensmitteln versorgt werden. Sie seien deshalb gezwungen, jetzt privatwirtschaftlich zu arbeiten.

In Rußland drängt alles zur Privatwirtschaft, wie ja schon aus den Auslassungen russischer Regierungsmänner hervorgeht. In Wirklichkeit vollzieht sich die kapitalistische Wirtschaftsweise nach der Freigabe des Handels schneller als man ahnt. Im den Verkauf der Häuser aufzuhalten, hat man jetzt die kleinen Häuser wieder privatisiert. Ebenso sind die Fabriken unter 100 Arbeiter wieder in Privatbesitz übergegangen. Ob sie schon ihre Tätigkeit aufgenommen haben, ist sehr zweifelhaft, denn 90 v. H. sämtlicher Fabriken liegen still. — Moskau wird sehr viel von bürgerlichen Journalisten, Handelsvertretern usw., hauptsächlich aus England

und Amerika, aufgesucht. Die Sowjetbehörden bis in die höchsten Kreise konzentrieren mit diesen sehr gern. Man glaubt, daß nur das internationale Kapital Rußland wieder aufbauen kann. Bei diesem Aufbau erhofft man von Deutschland den größten Erfolg. Die Theorie des bolschewistischen Kommunismus ist zusammengebrochen. Wie mir versichert wurde, soll Lenin darunter seelisch stark leiden und seit einigen Monaten auf dem Lande wohnen.

Die Regelung der balutarischen Verhältnisse wird große Schwierigkeiten machen, wenn man bedenkt, daß die Theorie der Abschaffung des Geldes durch seine Entwertung jetzt fallen gelassen werden muß. Die Moskauer Kommunalbank, auf der nur ausländisches Geld gewechselt werden darf, zahlt für 1 M. 700 bis 800 Rubel, während die schwarze Börse über 3000 zahlt. Wenn auch die Verhältnisse sehr betrübend sind, so sind doch jetzt wieder die Bahnbehörden für Bahnsendungen verantwortlich. Die Entbureaufassung sowie die Abschaffung der straffen Zensur müssen zum schnelleren Aufbau vorgenommen werden. Nadel schreibt in der Roten Fahne: „Der Kapitalismus existiert während der Feudalzeit, während des Absolutismus, in der demokratischen Republik wie in der oligarchischen Republik. Der Kapitalismus vertritt sich den Verhältnissen anzupassen. Er wird gezwungen sein, mit den Verhältnissen zu rechnen, die in Rußland existieren. Er wird mit ihnen rechnen, wenn diese politischen Verhältnisse unerschütterlich sind, ihm aber den Profit garantieren.“ Daraus ist zu entnehmen, daß ebenso anpassungsfähig wie der Kapitalismus hier geschilbert wird, auch der bolschewistische Kommunismus ist. Engländer erklärten mir, daß sie auch mit dem jetzigen Regierungssystem arbeiten könnten. Es gibt eben in Rußland weder jetzt noch für die nächste Zukunft andere Faktoren, die das Staatsruder führen können. Das nationale Gefühl der Sowjetbehörden drückt sich schon in den Außerlichkeiten der Roten Armee aus. Was alledem was man in dieser Beziehung sieht, kann man schließen, daß Rußland in vielleicht nicht allzulanger Zeit ein starker imperialistischer Staat sein wird. Der Wiederaufbau Rußlands kann nur durch die ganze Welt geschehen. Deshalb liegt es an den westeuropäischen Regierungen, wenn Rußland länger leidet. Da man allgemein in Rußland auf die deutsche Technik und deutsches Kapital große Hoffnungen setzt, ist es notwendig, alles zu beseitigen, was dem Wiederaufbau Rußlands im Wege steht. Auch die westeuropäische Arbeiterklasse kann jetzt, nachdem der Spul der Roten Internationale mehr oder weniger als erledigt betrachtet werden kann, tatkräftig mithelfen. Rußland zur wirtschaftlichen Gesundung zu bringen. Zunächst ist es notwendig, das russische Volk wieder satt zu machen und zu bekleiden. Deshalb muß die Hilfsaktion des Internationalen Gewerkschaftsbundes Amsterdam von allen Proletariats noch weiter unterstützt werden.

März.

Die alten Wunder werden wach.
Im lieben Licht erstrahlt der Tag.
Es schmilzt der letzte graue Schnee.
Ein erstes Grün redt sich zur Höh.
Ein Vogeljubel klingt und singt.
Ein warmer Lufthauch fädelnd schwingt.
Ein Kinderlachen schmeichelt hell
Wie neuerwachter Freudenquell.
Du lauchst und sinnst und lustig hinaus.
Die Finken jagen dir ums Haus...
Dein Auge glänzt. Es pocht dein Herz.
Du hoffst. Du sehnst. Dich grüßt der März...

unmittelbar beteiligt sind, werden in diesem Sinne also nicht unproduktiv betrachtet.

Ferner haben wir nicht in Berechnung gezogen diejenigen Lasten, die die deutsche Volkswirtschaft durch die soziale Gesetzgebung seit Jahr und Tag zu tragen hat und die bekanntlich jetzt noch auf Kosten der Wirtschaftspolitik vermehrt werden sollen.

Schließlich sollen als unproduktive Lasten im engeren Sinne hier nicht diejenigen Aufwendungen erfasst sein, die mit der Durchführung des Wirtschaftstages gegenüber den Betriebs- und Wirtschaftsgrundlagen der Vorriegszeit verbunden gewesen sind und die man heute für sich allein auf 15 Milliarden Mark schätzen muß. Es bleiben als unproduktive Lasten im Sinne dieser Ausführungen, also in der Hauptsache diejenigen Lohnaufwendungen, die der Arbeitgeber nach den Bestimmungen der Tarifverträge machen muß, ohne dafür Gegenleistungen zu bekommen. Hierzu gehören die Bezahlung der Urlaubstage, die Bezahlung von Behinderungsfällen im Sinne des § 616, die Bezahlung von Waischäufen, Arbeitsausfall und Bezahlung von Arbeitsstunden für Betriebsratsitzungen, Arbeitsausfall durch Lohnzahlung während der Arbeitszeit, durch Bezahlung des Fortbildungsunterrichts in der Arbeitszeit und ähnliches mehr.

Nach vorläufigen Schätzungen, die wohl von der Wahrheit nicht allzu sehr abweichen, betragen die Aufwendungen für Urlaubsbearbeitung heute schon etwa 5 Milliarden Mark. Die Bezahlung von Waischäufen und für Arbeitsausfall durch Lohnzahlung innerhalb der Arbeitszeit können vielleicht auf 1,5 Milliarden geschätzt werden. Anhaltspunkte für die Bezahlung von Krankentagen und sonstigen Behinderungsfällen im Sinne des § 616 liegen noch nicht vor, bei einer flüchtigen Schätzung unter Zugrundelegung einer durchschnittlichen Erkrankung von jährlich 6 Tagen von 2 v. H. der Arbeiterschaft (gering gerechnet) kommen wir aber zu einem Aufwand von 1/2 Milliarde Mark.

Im Beton- und Tiefbaugewerbe ist durch Erhebungen festgestellt, daß die für Behinderungsfälle nach § 616 im Laufe eines Jahres aufgewendeten Beträge über den 10. Teil der gesamten in dieser Zeit aufgewandten Lohnsumme ausmachen. Der Gesamteindruck dieser Betrachtungen ergibt, daß man heute schon mit mindestens 10 Milliarden nach unproduktiven Lohnlasten rechnen muß, die die deutsche Volkswirtschaft vor dem Kriege nicht einmal dem Grunde nach, geschweige denn in solcher Höhe kannte.

Uns mit der zahlenmäßigen Auswirkung solcher tariflichen Bestimmungen zu befassen, haben wir, abgesehen von den oben erwähnten Grunddaten als Folge unserer Tarifpolitik auch durch folgende Notiz der Zeitschrift des Bauarbeiter-Verbandes Der Grundstein, Nr. 40 von 1921 Anlaß: „Tausende von Mark den Unternehmern geschenkt durch ungenügende Beachtung der tariflichen Bestimmungen“ (über § 616). Der Tarifausschuß hat auf diese Ausführungen der Geschäftsführung hin die Möglichkeit und die Notwendigkeit bejaht, in den einzelnen Verbänden eingehende Erhebungen über die Ausführung solcher Tarifbestimmungen anzustellen und das Ergebnis mit möglicher Beschleunigung an die unterzeichnete Geschäftsführung gelangen zu lassen.

Indem wir diesen Beschluß unseres Tarifausschusses unsern Mitgliedern weiter geben, bitten wir, sich die Mühe zur Durchführung dieser Erhebungen nicht verziehen zu lassen und dabei zu bedenken, daß für die zum Schluß des Jahres bevorstehenden Manteltarifverhandlungen eingehendes Zahlenmaterial für die Arbeitgeberverbände von der allergrößten Bedeutung sein muß.

Das Register der Herren hat ein Loch. Es sollte eigentlich ebenfalls festgestellt werden, was die Unternehmer zur Unterstützung gelber Organisationen und politischer Parteien, die die Geschäfte des Unternehmertums besorgen, hergeben und was als Geschäftskosten gebucht wird. Das sind wohl „produktive“ Lasten. Meistens, wenn wirklich 10 Milliarden herauskommen sollten, was will das bedeuten im Vergleich zur Entwertung der deutschen Mark und zu den Mißsergebnissen, die diese den Unternehmern bei der Ausfuhr ermöglicht!

Aus den Zahlstellen.

Steinach (S.-M.) und Umgebung. Bei der Verhandlung im Dezember wurde mit den Firmen verabredet, daß die neuen Lohnverhandlungen abhängig seien von der Preisgestaltung der Lebensmittel und der Verbrauchsmittel. Es bildeten sich Preisfeststellungskommisionen aus Kollegen- und Unternehmerkreisen. Da die beiden Kommissionen der Kollegen, ihre Preisnotierungen an zwei verschiedenen Stellen vornahmen, ergab sich auch eine verschiedene Feststellung. Von unserer Seite wurde eine Steigerung der Lebenshaltungskosten für eine vierköpfige Familie von 30 und 40 Prozent vom 1. Januar bis zum 19. Februar festgestellt. Die Kommission der Arbeitgeber stellte in dem gleichen Zeitraum, eine Verteuerung von 35 Prozent fest. Die Verhandlungen gestalteten sich nun infolgedessen auch nicht mehr so schwierig, denn die Arbeitgeber bestritten die Verteuerung keinesfalls. Sie machten allerdings die Bewilligung von der Leistungsfähigkeit der Betriebe abhängig. Da schon seit Wochen, zufolge Kohlenmangel, von der größten Firma Aufräumungsarbeiten verrichtet wurden und die Arbeiterinnen arbeitslos sind, aber trotzdem einen Teil des Lohnes von der Firma laut Tarif erhalten, und auch bei den letzten Verhandlungen das Ergebnis nicht unglücklich war, gab man sich mit einer nicht vollständig ausgleichenden Lohnverhöhung zufrieden. Für die Zukunft werden die Lohnverhandlungen weiter beeinflusst von der Feststellung der Lebensmittelverteilung und wurde eine entsprechende Vereinbarung dahingehend getroffen. Nachstehender Vergleich kam zunächst zustande: Die den Firmen 1. Staatswerbe, 2. Mohr u. Wöhr, 3. M. Kleinert u. Sohn, sämtlich hier, 4. Böhmberg, Trints u. Co., Sonneberg, 5. Wehleinbrücke in Steinach für den 4. März gekündigten Tarife werden mit den nachstehenden Veränderungen verlängert: Es gelten ab 6. März 1922 folgende Lohnsätze: a) für Arbeiter von 14 bis 16 Jahren 4.05 bis 4.85 M., von 16 bis 18 Jahren 6.20 bis 7.15 M., von 18 bis 19 Jahren 8.40 M., von 19 bis 20 Jahren 9.85 M., über 20 Jahre 12.25 M., Vorarbeiter 18.10 M. Die Stollenzulage beträgt 1 M. für Arbeiter unter 20 Jahren, 1.20 M. für Arbeiter über 20 Jahre. Die Brucharbeiter am Hiltensberg 16.00 M. b) Facharbeiter im 1. Gesellenjahr 7.60 M., im 2. Gesellenjahr 8.55 M., im 3. Gesellenjahr 10.10 M., über 20 Jahre 12.90 M., sobald ein Gefelle das 20. Lebensjahr vollendet hat, erhält er den Volllohn. c) Beihilfen im 1. Jahr 2 M., im 2. Jahr 3 M., im 3. Jahr 4 M. d) Wächern von 14 bis 16 Jahren 3.65 M., von 16 bis 18 Jahren 4.50 M., über 18 Jahre 5.50 M. pro Stunde. Wächter 62.50 M. pro Schicht, Kutcher 500 M. pro Woche bei freier Wohnung. Die Stillstände werden erhöht bei Steinarbeitern, Schieferinnen und Größelwebern im Maschinen- und Handbetrieb um 25 Prozent auf die bisherigen Sätze. Die sonstigen am 15. September 1921 getroffenen Vereinbarungen (Kinderzulagen usw.) behielten ihre Gültigkeit. Kinderbeihilfen werden bei Krankheiten auf die Dauer von 12 Wochen bezahlt. Alle nicht gekündigten über 20 Jahre alten Arbeiter, die im Bruch arbeiten, erhalten einen Stundenlohn von 12.00 M. Alle sonstigen in den Betrieben beschäftigten nicht gekündigten Arbeiter erhalten 12.25 M. Die nicht gekündigten Arbeiter der Steiner erhalten 12.50 M. Der Heizer erhält 12.60 M. Der ungelernete Arbeiter der Schmiede erhält 12.50 M. Der Paragraph über Wohnrenten wird dahin abgeändert, daß eine wöchentliche Entschädigung von 100 M. bis zum Höchstbetrage von 600 M. bezahlt wird, an Stelle der Krankentatung.

Protschlarische Erklärung. Die am 20. Februar 1922, für die Schieferindustrie und die Beschäftigten in Steinach und Umgebung festgelegten Stundenlohn- wie Abfordrige gelten auf unbestimmte Zeit. Sie können abgeändert werden, wenn eine mehr wie 10prozentige Veränderung der Lebenshaltungskosten, ausgegangen vom 1. März 1922, auf Grund der Tagespreise, der Artikel des täglichen Bedarfs eintritt. Zur Feststellung der Preisgestaltung resp. Preisänderungen wird eine vierköpfige Kommission, aus der Arbeitnehmerschaft und den Firmen eingesetzt. Die Notierungen über bestimmte Artikel des täglichen Bedarfs haben in bestimmten Geschäften zu erfolgen.

Sollen Lohnänderungen eintreten, so muß eine Kündigung der zur Zeit bestehenden Löhne mit vierwöchiger Kündigung zum Ablauf möglichst einer Lohnperiode erfolgen.

Steinach, den 20. Februar 1922.
Erste Thüringische Größelweberin Mohr u. Wöhr (Vogel).
Staats-Werte Steinach (Schmidt).
Für den Vorstand der Steinach. Deutschlands, Bau 8, Döffe.

Schopfloch. Am 22. Januar 1922 hielten wir unsere Generalversammlung ab. Der Kassierer Grim gab Bericht über die Kassenverhältnisse, die besten vollen Zufriedenheit aus. Aus der Lage gingen die früheren Funktionen wieder hervor. Im Punkt Verschiedenes verlor der Vorsitzende ein Schreiben, von der Firma Eugen Brodbeck aus Stuttgart an das Bürgermeisteramt, hier, betreffs 8-10 Steinmehgen. Einmal in die Lohnverhältnisse waren daraus nicht zu erfassen, und so kamen wir zu dem Entschluß, selbst an die Firma zu schreiben. Diese erwiderte, daß die Arbeitsstellen Wismenden und Wismenden in Betracht kommen, und der Lohn für dort zirka 10 M. beträgt. Die Firma glaubte selbst, daß verheiratete Kollegen mit dem Lohn nicht auskommen könnten, und wir möchten deshalb ledige Kollegen vermitteln. Die Firma will gewiß nur billige Kräfte, denn Steinmehgen stehen dort zur Verfügung, nur nicht für 10 M. Bedauerlich ist in der ganzen Sache, daß gerade die Steinmehgen so billig arbeiten sollen, während uns Kollege Schmidt aus Stuttgart berichtet, daß der Lohn der Bauarbeiter dort 12.40 M. beträgt, und so kommt es, daß heute ein Steinmehgen, an den gewiß Anforderungen gestellt werden, weit billiger arbeiten muß, als etwa ein Bauhelfer, der ohne Verantwortung seine Arbeit ausführen kann. Dies hat auch zu der Misere geführt, daß bei uns nur zwei junge Leute als Steinmehgen gelernt haben, obwohl vor dem Kriege zirka 40-50 zu verzeichnen waren. Das Eruchen des Ortsausschusses Weissenstadt, einen Betrag zu ihrem Gewerkschaftshaus zu leisten, wurde für die nächste Versammlung zurückgestellt. Kollege Kränzlein richtete die Anfrage an den Vorsitzenden, ob es nicht angebracht wäre, bei etwaigen Lohnforderungen der Zahlstelle, dem Gauleiter die Ausführung zu unterbreiten, um den einzelnen Kollegen die ungerechten Annehmungen des Unternehmers zu ersparen. Kollege Grimm erklärte sein Verhalten in der Beitragsmarkenbestellung. Bei der heutigen Wirtschaftslage ist es nicht ausgeschlossen, daß wir in einigen Monaten wieder andere Lohnverhältnisse haben, und somit in eine höhere Klasse kommen. Den Kollegen kommt es durch höhere Unterhaltungen wieder zugute. Der Vorstand richtete den Appell an die Mitglieder, an die ständig fehlenden Kollegen heranzutreten, daß auch sie mithelfen möchten an dem Ausbau der Organisation und deren Erfolge, da doch auch sie diese einstecken. Einen Zwang für den Versammlungsbuch hält die Versammlung für verfehlt und bedauerlich. Ein Antrag wurde gestellt, es solle für das kommende Jahr eine Präsenzkarte geführt werden, über den Versammlungsbuch; dem wurde zugestimmt.

Zugang:	
Bestand am Schluß des 3. Quartals 1921	46 587 Mitgl.
Eingetretene im laufenden Quartal	2 897 "
Uebergetretene von anderen Verbänden	1 339 "
Zugereist in den Zahlstellen	556 "
	51 379 Mitgl.
Abgang:	
Im laufenden Quartal ausgetreten	1 070 Mitgl.
Wegen rüchständigen Beiträgen gestrichen	307 "
Laut § 3, Abs. 5 b ausgeschlossen	9 "
Zu anderen Organisationen übergetreten	1 761 "
Abgereist aus den Zahlstellen	1 237 "
Im 4. Quartal gestorben	86 "
	4 470 Mitgl.
Bestand und Zugang	51 379 Mitgl.
Abgang	4 470 "
Bestand am Schluß des 4. Quartals 1921	46 909 Mitgl.
Davon waren weibliche Mitglieder	1 061
Arbeitslose am Schluß des Quartals	444

Mains. Am 28. Januar tagte im Goldnen Pflug unsere Generalversammlung. Der Vorsitzende erstattete einen ausführlichen Bericht vom verfloffenen Jahre. Lohnkämpfe blieben uns erspart, infolge Anwendung des Bauarbeitertarifes, der mit allen Firmen unserer Zahlstelle abgeschlossen ist, und wurden alle Schiedsprüche dieser Organisation von den Unternehmern anerkannt. Einige Widerstände wurden durch unsern Vorsitzenden zu unsern Gunsten erledigt. Die ruhige Entwicklung ist nun aber durch zwei Firmen gestört worden, indem sie das Lohnabkommen gekündigt haben. Diese dadurch veränderte Situation bedeutet für uns Kampf im Frühjahr. Deshalb forderte der Vorsitzende die Kollegen zur Einigkeit und Geschlossenheit auf, und wenn die Unternehmer den Kampf haben wollen, werden sie uns gerüstet finden. Anschließend daran gab der Kassierer den Kassenbericht, sowie die Vierteljahresabrechnung vom 4. Quartal. Auf Antrag der Revisoren wurde der Kassierer entlastet. Dem Vorsitzenden sowie dem Kassierer wurde für ihre aufopfernde Geschäftsführung Dank und Anerkennung von der Versammlung ausgesprochen. Die Neuwahlen ergaben die Wiederwahl des bisherigen Vorstandes, nur die Revisoren wurden ergänzt und an ihre Stelle die Kollegen Maier und Noll gewählt. Auch wurde der Vorstand erweitert durch Hinzuziehung von zwei Beiräten, dazu die Kollegen Grobe und Kloor gewählt. Eine weitere Angelegenheit, welche die Groß-Grauer Kollegen betraf, konnte nicht erledigt werden, weil von den Betreffenden nicht ein einziger erschienen war. Scharfe Kritik wurde diesen lauen Kollegen zuteil, und eine weitere Versammlung wird diese Sache aufklären. Aus dem Kartellberichte, den Kollege Robert Korn erstattete, ist zu erwähnen, die „Sammlung für die Sinderhilfe“, und wurde dieser Punkt auf die nächste Versammlung vertagt.

Niederath. Die hiesige Zahlstelle hielt am 22. Januar ihre Jahresversammlung ab. Der Vorsitzende gab seinem Bedauern darüber Ausdruck, daß so wenig Kollegen erschienen waren. Auf der Tagesordnung stand 1. Rechnungsbericht vom 4. Quartal, 2. Aenderung des Ortsstatuts über Krankengeld, 3. Neue Beitragsregelung, 4. Neuwahl des Vorstandes. Kollege Paul Wiebach gab kurz den Rechnungsbericht. Die Revisoren fanden Kasse und Bücher in bester Ordnung, und man erteilte dem Kassierer Entlastung. Zu Punkt 2 kam, wie den Kollegen bereits bekannt gegeben worden war, der 50prozentige Zuschlag von der Lokalfasse auf die Krankenunterstützung nochmals in Erwägung und fand seine Erledigung. Bei der Festsetzung der neuen Beitragsregelung wurde ein Beitrag von 6 Mark und 1 Mark Lokalzuschlag beschlossen. Die Lokalfasse soll kranken Kollegen in der heutigen schweren wirtschaftlichen Lage unter die Arme greifen, ferner durch Anschaffung der Arbeitsrechtbücher und einem neuen Steuerbuch den Kollegen Aufklärung geben. Die Neuwahl des Vorstandes zeitigte Wiederwahl. Kollege Mathias Buchholz wurde zum Schriftführer gewählt. Im Laufe der Versammlung wurde immer wieder über den schlechten Versammlungsbuch und über die Zersplittertheit der Kollegen gellagt. Man beschloß, die Versammlungsbuchwäger mit 2 Mark Strafe zu belegen. In Lohnbewegung und in der Beurteilung des Erreichten sieht und hört man die Kollegen, sonst aber nicht. Ueber die Opferwilligkeit der Kollegen ist ja nicht zu klagen, das bewies die Sammlung für die streikenden Kollegen der Zahlstelle Hiesagen, dafür gebührt den Kollegen Dank. Nachdem noch beschlossen wurde, bei der Firma in der Befestigung der Feiertage zu wirken, nahm die Versammlung ihr Ende. Der Vorsitzende ermahnte die Kollegen zum eifrigen Versammlungsbuch.

Rirchshausen. Am 22. Januar fand im Gasthaus Schäfer, Rirchshausen, Generalversammlung statt. Beim ersten Punkt verlas der Kassierer die Abrechnung vom 4. Quartal, die von den Revisoren geprüft und in Ordnung befunden war. Entlastung erfolgte. Im zweiten Punkt gab der Vorsitzende einen Bericht über seine Tätigkeit im verfloffenen Jahr. Er streifte nochmals den Kampf um die Verteuerungszulage, wo es manchmal hart herging, um die Unternehmer von der Notwendigkeit zu überzeugen, und gab der Hoffnung Ausdruck, mit Hilfe der Einigkeit und Soli-

darkeit der Kollegen den Kämpfen dieses Jahres mit Ruhe entgegengehen zu können. Darauf wurde der Vorstand entlastet. Im dritten Punkt wurde der alte Vorstand mit Stimmenmehrheit wiedergewählt. Als Revisor wurde Kollege Lulay hinzugewählt. Kartellbelegierte die Kollegen Fischer und Ulrich. Zeitungsträger und Grabermacher wurde dem bisherigen überlassen. Bei Punkt Verschiedenes gab der Vorsitzende Aufklärung betreffs Belieferung vom Kartell und wies die gegen ihn zu Unrecht erhobenen Vorwürfe zurück. Die Krankenbeihilfe von der Lokalfasse wurde, weil sie ihren Zweck nicht erfüllte, aufgehoben. Den Ortszuschlag wurde aufgehoben. Im Schlußwort wies der Vorsitzende auf die eindringlichen Worten auf die Beitragserhöhung hin und führte den Kollegen vor Augen, daß sie notwendig ist, um sich selbst vor Schaden zu bewahren, und jeder Kollege seinen Beitrag so richtig, wie er laut seines Verdienstes verpflichtet ist. Darauf schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Wirtschaftliche und soziale Wochenchau.

(W. W. W.) Der 1. März 1922 ist einer der wichtigsten Marksteine der wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands. Während bis dahin Geldentwertung und Verteuerung noch in einem Tempo fortgeschritten, das von Monat zu Monat einen gewissen Ueberblick und von Zeit zu Zeit wenigstens eine ungefähre Wiederherstellung des Gleichgewichts zwischen Löhnen und allen niedrigsten Unterhaltungskosten ermöglichte, hat gerade von Beginn des neuen Monats ab eine Revolutionierung aller Geld- und Preisverhältnisse in Deutschland eingesetzt, deren Folgen sich vorläufig noch gar nicht abschätzen lassen. Nach der im Februar erfolgten Verteuerung der Mehl- und Brotpreise um rund 75 Prozent brachte der März die Steigerung der Gütertarife, der Goldauslage auf 300 und vor allem der Kohlenpreise auf das Weltmarktniveau. Die Regierung, die durch die Beschlüsse von Cannes in ihrer Wirtschaftspolitik einer gewissen Sandlungsfreiheit beraubt ist, muß diesen Dingen fast untätig zusehen, denn die Angleichung der Inlands- an die Weltmarktpreise gehört nun einmal zu den wichtigsten Verbindungen, die uns von den ehemaligen Kriegsgegnern, insbesondere von England, gestellt worden sind. Der Hebel ist an den wichtigsten Punkten des Warenmarktes mit starkem Druck angelegt worden und deshalb wird die nunmehr eingeleitete Bewegung in kurzer Zeit auf allen Gebieten auswirken. Die Verteuerungswelle hat bereits den Eisenmarkt erfasst und von da aus wird sie die ganze weiterverarbeitende Industrie überfluten. Die Erhöhung der Brotpreise aber verändert alle Maßstäbe der Preisfestsetzung am Lebensmittelmarkt. Mit banger Sorge fragt sich jeder, wohin denn eigentlich diese Entwicklung noch führen soll. Man denkt an Oesterreich, an Polen und mit Schauern an Rußland. Zwar liegen bei uns die Verhältnisse noch weitlich anders als in jenen Ländern. Wir verfügen über einen ausgezeichneten industriellen Produktionsapparat und über hochqualifizierte Arbeitskräfte. Der deutschen Landwirtschaft steht eine leistungsfähige Maschinen- und Düngemittelindustrie zur Seite. Man sollte meinen, daß dies Grund genug sei, auch in schwerer Zeit das Vertrauen zur deutschen Wirtschaft zu behalten und den Kopf nicht sinken zu lassen. Augenblicklich zeigt der deutsche Arbeitsmarkt mit einer Arbeitslosenquote von nicht einmal 2 Prozent ein weit günstigeres Bild als der Arbeitsmarkt der hochvalutarischen Länder, der fast durchweg mit 20 bis 30 Prozent Erwerbsloser belastet ist. Wie lange aber wird sich die deutsche Industrie noch einer ausreichenden Beschäftigung erfreuen? Wird nicht gerade der Ausgleich zwischen Inlands- und Weltmarktpreisen den Export zum Stillstand bringen? Bisher kamen die Ausländer zu uns, um billig kaufen zu können, in Zukunft müssen wir die Aufträge für die deutsche Industrie in scharfer Konkurrenz am Weltmarkt hereinholen. Da der deutsche Kaufmann in einem großen Teile der Welt sich nur unter allerschwersten Schwierigkeiten betätigen darf, werden wir erst jetzt die wirtschaftlichen Folgen des verlorenen Krieges recht zu fühlen bekommen. Einem Teil der deutschen Industrie winkt Beschäftigung auf Grund des in dieser Woche abgeschlossenen Sachleistungsabkommens mit der Reparationskommission. Die Aufträge, die von dieser Seite der deutschen Wirtschaft zufließen können, sind aber mit schweren Nachteilen erkaufte. Die Regierung muß den Lieferanten die frei vereinbarten Preise, d. h. ungefähre Weltmarktpreise, bezahlen. Da auch Lieferungen an Polen, Rumänien und die Tschechoslowakei vorgehen sind, wird aller Voraussicht nach ein erheblicher Teil der Aufträge, z. B. für Eisenbahnmateriale, chemische Erzeugnisse usw., die ohnehin nach Deutschland begeben worden wären, künftig über Reparationskonto gehen, d. h. der Eingang von Export-Devisen wird sich um diese Beträge vermindern. Hieraus wird die inflationistische Wirkung des Sachleistungsabkommens ohne weiteres klar. In der Bewertung der deutschen Mark auf den internationalen Börsen hat sich dementsprechend in den letzten Tagen schon ein bemerkenswerter Wandel vollzogen. Während und nach der Konferenz von Cannes hielt sich der Dollar ungefähr zwischen 180 und 190 Mark. Gegenwärtig hat er bereits wieder die Grenze von 240 erreicht und in Finanzkreisen rechnet man mit weiteren Entwertungen der deutschen Mark. Der Importhandel und die Industrie bedauern sich deshalb schon jetzt mit großen Beträgen ausländischer Zahlungsmittel zum kommenden Vierteljahrstermin ein. Für die künftige Gestaltung der wirtschaftlichen Lage in Deutschland wird der Verlauf der bevorstehenden Leipziger Frühjahrsmesse von erheblicher Bedeutung sein. Es ist zu hoffen, daß es gelingt, den in verschiedenen Betrieben schon bedenklich zusammengebrochenen Auftragsbestand wieder zu erhöhen, damit ein ertäglicher Beschäftigungsgrad über die Sommermonate hinweg gesichert ist.

Der Kampf um das Petroleum. Wenn man vom europäischen Reparations- und Abrüstungsproblem abläßt, gibt es zur Zeit nur ein großes Motiv, das die Politik der Großmächte beherrscht, das ist der Kampf um die Petroleumfelder der Welt. Es stehen sich hier drei große Interessentengruppen gegenüber, die amerikanische, die finanztechnisch in der Standard Oil Comp. zusammengefaßt ist, die englische, repräsentiert durch die unter starker englischer Beteiligung entstandenen Gesellschaften der holländischen Shell-Gruppe und die französische, deren Einfluß in zahlreiche ausländische, insbesondere auch rumänische, Petroleumgesellschaften hineinreicht. Die Bedeutung des Erdöls für den Betrieb der Dampfschiffe und Eisenbahnen sowie die chemische Ausnutzung des Petroleums sind noch in ständigem Steigen begriffen. Je schwieriger sich der Abbau der Kohlenlager in den verschiedenen Ländern gestaltet, um so mehr wendet sich das Interesse dem Erdöl zu. Ein großer Teil der Petroleumfelder der Welt befindet sich bereits in festen Händen und wird von den in Betracht kommenden Staaten englich gehütet. So wachen vor allem die Amerikaner darüber, daß sie nicht nur in ihren inländischen, sondern auch in ihren mexikanischen Petroleumgebieten ihre Vormachtstellung schützen. Die Engländer betrachten die noch verhältnismäßig wenig erschlossenen Oelfelder der Niederländisch-Indiens als ihre Domäne. Sie haben es aber nicht verhindern können, daß amerikanische Petroleuminteressenten sich in Besten festsetzten und daß die Standard Oil ihre Hand auch auf die südamerikanischen Oelvorrate legte. Auch auf der bevorstehenden Konferenz von Genua steht das Petroleumproblem, obwohl es als solches keinesfalls zur Erörterung kommen wird, im Vordergrund des Interesses. Es handelt sich vor allem darum, wer künftig die außerordentlich ergiebigen kaukasischen Oelquellen, die in den letzten Jahren vollkommen vernachlässigt wurden, wieder erschließen und ausbeuten soll. Die Russen sind nicht geneigt, dieses wichtige Mittel zum Wiederaufbau ihres Wirtschaftslebens gänzlich aus der Hand zu geben, die Amerikaner und Engländer verfolgen die Annäherung Frankreichs an die türkische Angoraregierung nicht zuletzt deshalb mit wachsendem Mißtrauen, weil die französischen Petroleumkapitalisten ihre Hand nach den kaukasischen und kaukasischen Oelagern ausstrecken. In der polnisch-

Die Weltproduktion an Petroleum, die im Jahre 1918 800,5 Millionen Barrels betrug, lag im Jahre 1920 auf 638,5 Millionen Barrels und im Jahre 1921 auf 706 Millionen. Von der Gesamtgewinnung entfallen auf die Vereinigten Staaten 61 Prozent. Allerdings macht sich in letzter Zeit ein gewisses Nachlassen der Ertragsfähigkeit der nordamerikanischen Oelfelder bemerkbar.

Rundschau.

Das Institut Bern und anderer Industrieller. Neues vom Reichsausschuss für Friedhof und Denkmal. Am 24. und 25. Februar hielt der genannte Ausschuss seine zweite Tagung ab, diesmal in Frankfurt a. M. Es galt Stellung zu nehmen zu den seit der Dresdener Tagung eingegangenen Vorschlägen zur Erzielung einer Vereinfachung der Grabmäler, besonders der Wassergräber, und einer geschmacklichen Beeinflussung des Publikums. Die Fälle der hiermit in Verbindung stehenden Aufgaben einerseits und die große Zahl der an ihrer Lösung beteiligten Körperschaften andererseits lassen nur ein allmähliches Werden des Gemutten zu. Zur Erledigung der notwendigen Vorarbeiten wurden mehrere Kommissionen gebildet, deren wichtigste für unsere Berufsinteressen wohl die zur Ausarbeitung der Richtlinien über die Zulassung bzw. Ausschaltung von Werkstoffen, einschließlich deren Größe und Bearbeitung, ist. In diese Kommission wurde auch der Vertreter unseres Verbandes gewählt, neben Vertretern des Grabmalgewerbes und der Schleifereiindustrie. Ein Antrag unseres Vertreters, Orts- und Bezirksausschüsse zu bilden, um den vom Reichsausschuss herausgegebenen Richtlinien weitestgehende Geltung zu verschaffen, wurde zurückgestellt, bis die Richtlinien vorliegen.

Alles in allem besteht die Hoffnung, daß die vereinten Bemühungen, die Reform des Friedhofs- und Denkmalwesens nicht nur ohne Schädigung, sondern zum Nutzen der interessierten Kreise durchgeführt wird. Allerdings nur dann, wenn letztere sich nicht nur auf das sprichwörtlich „von oben herabkommende Gute“ verlassen, sondern wenn sie sich allerorts rühren und ihre berechtigten Interessen vertreten. In den Geburtsstätten der natursteinfeindlichen Friedhofsverordnungen (städtischen und kirchlichen Friedhofsverwaltungen) herrscht zum Teil noch eine so dicke Luft, daß es Zeit wird, einen freien und frischer Windhauch hineinzulassen. Auch in Künstler- und Architektenkreisen sind noch Vorurteile gegenüber den „Ausführenden“ vorhanden, die letztere durch den Beweis ihrer Eignung zu zerstreuen müssen. Ziel der gegenfeitigen Annäherung der sich widerstrebenden Meinungen hat ein mit der Tagung verbundener Anschauungsunterricht auf dem Frankfurter Friedhof und in der Ausstellung und dem Werk des Herrn D. beigetragen. Die Besichtigung hat bei den berufsfremden Herren den Eindruck hervorgerufen, daß es sich, soweit die Schleiferei in Frage kommt, nicht um die Verächtlichmachung der Interessen einer Industrie, sondern um die eines „Großhandwerks“ dreht, mit welcher Feststellung die Begeisterung für die Sache merklich zunahm.

Uns kann es gleich sein, ob man uns das Interesse als Industrie oder als Handwerk zuwendet. Im einen wie im andern Fall wollen wir die Hand kräftig mit ans Werk legen.

Der Kampf gegen die Sozialisierungsbemühungen im Baugewerbe, wie ihn die Bauunternehmer und ihre Vorführer belieben, haben wir schon oft eine Probe liefern können. Die „Baugewerkszeitung“ vom 25. Februar 1922 sagt über die „sozialisierten Baubetriebe“ folgendes: „... Diese stellen, in der bisher geübten Praxis, in fast allen Fällen eine Vergeudung öffentlicher Gelder dar, bedeuten ein Aufgebau an die heutigen politischen Verhältnisse und vielfach ein solches an die Straße, bzw. an deren Vertreter, vielfach aber auch ein Experiment wirrer Köpfe, die durch den November 1918 ihr eigentliches Herz entdecken und durch die Kunst der Massen an die Oberfläche getragen, der Neugier auch etwas schenken wollten. Es soll anerkannt werden, daß in einigen Fällen auch edle Motive zu dieser Betätigungskrause die Grundzüge bilden. Wenn ich aber etwas schenken will, was mich nichts desto mehr aber anderen kostet, so sollte der erfahrenere Teil der Allgemeinheit sich solche Experimente verbitten. Duzende von solchen Volkseingebühren müßten gezungen werden, selbst und praktisch mit Hand anzulegen, und zwar beim eigentlichen Arbeiten, damit nicht nur sie, sondern auch die Allgemeinheit einen Nutzen davon verspürt, dann würden diese überspannten Propheten bald nicht mehr mitmachen. Es könnte nur dem schnelleren Wiederaufbau auf allen Gebieten dienen, wenn, sobald als nur möglich, diese sozialisierten Betriebe zur Schließung gelangten, dann käme das Handwerk und vieles andere bald zur Ruhe. Daß alle diese sozialisierten Betriebe pleite gehen, pleite gehen müssen, ist nur eine Zeitfrage, denn schließlich drängt durch den andauernden Kaufsch auch die gesunde Menschenvermut wieder einmal durch. Hoffen wir demnach, daß recht bald veraltete moderne Anstaltsstätten, meist nur Parteiflüchtlinge, dem Endgeschick jedes Widernatürlichen in großer Zahl zum Opfer fallen. Das ehrliche Handwerk mit seiner ruhmvollen Vergangenheit wird ihnen keine Träne nachweinen.“

Den Schmerz der Bauunternehmer verstehen wir allerdings. Aus dem Geschäftsbericht der sozialen Baugesellschaft „Bauhütte Ostbüdingen“ in Altenburg bringen wir nachstehendes als Gegenstück. Damit ist jeder weitere Kommentar zu obigem überflüssig: Die Bauhütte Ostbüdingen besteht erst seit 1/2 Jahr und zählt zu ihren Mitgliedern u. a. auch mehrere umliegende Stadtgemeinden. Die Gesellschaft hat bisher Aufträge im Betrage von fast 6 Millionen Mark erledigt. An Wohnungen hat sie 181 hergestellt, außerdem Industriebauten, Reparaturen usw. Es wurden bis zu 405 Arbeiter beschäftigt.

Der Bericht gibt zu, daß Kinderkrankheiten im Betriebe vorkamen, und daß mehr noch als bisher der Bauhüttengebäude in die Belegschaft getragen werden müsse. Die Arbeiter müßten eingedient sein, daß ihre Arbeitskraft nicht für kapitalistische Zwecke ausgenutzt werde, sondern daß sie für die Allgemeinheit arbeiten. Die Unternehmer wollten die Konkurrenz unter allen Umständen aufnehmen und setzten dementsprechend niedrige Preise bei den Submissionen ein. Trotzdem konnte die Bauhütte bedeutende Erfolge erzielen. Die Preisunterschiede waren teilweise erheblich. Dafür einige Beispiele:

Wohnhausbauten in der Ostwaidstraße in Altenburg: Maurerarbeiten Bauhütte: 632 133,45 M., Privatunternehmer: 741 012 M.; Zimmererarbeiten Bauhütte: 311 235,70 M., Privatunternehmer: 404 129,20 M.
Wohnhausneubauten in Göhnik: Maurerarbeiten Bauhütte: 465 582,78 M., Privatunternehmer: 611 271 M.; Zimmererarbeiten Bauhütte: 292 805,10 M., Privatunternehmer: 322 563,40 M.
Gasthof II Stadt Altenburg: Bauhütte 557 836 M., Privatunternehmer 789 878 M. — Sehr richtig bemerkt der Bericht, daß diese Tatsachen zeigen, welche großen Verdienst sich die Bauhütten schon heute im Dienst für das Volkswohl erworben haben.

Jugendverbände für den Jugendklub. Der Ruf nach erhöhtem Jugendschutz und nach besserer Berücksichtigung der Bedürfnisse der heranwachsenden in der Gesetzgebung, findet nicht überall das nötige Verständnis, ja hat teilweise eine Gegenagitation interessierter Kreise herbeigeführt. Vor allem findet die nicht allein von der Jugend, sondern auch von den Erziehern gestellte Forderung, daß die zum Besuch der Fortbildungsschulen nötige Zeit in die Arbeitszeit eingerechnet werde, Widerstand. Der Reichsausschuss der Arbeiterjugend-Organisationen hat sich bereits mit Eingaben an die Regierungsstellen und gesetzgebenden Körperschaften gewandt und die im Interesse der Jugendlichen zu stellenden Forderungen unterbreitet.

Jetzt erscheint es an der Zeit, daß die Jugend selbst öffentlich für ihre Forderungen eintritt. Sie muß zum Ausdruck bringen, daß sie keine längere Arbeitszeit als die Erwachsenen haben will, daß sie aber auch instand und bereit ist, ihre freie Zeit in einer Weise zu verwenden, die dem Jugendlichen selbst und dem Volksganzen Vorteil bringt.

Der Reichsausschuss der Arbeiterjugend-Organisationen ruft deswegen die ihm angeschloenen Verbände auf, in allen Orten Deutschlands am Sonntag, dem 26. März 1922, Jugendverbände zu bilden.

Die im Ausschuss des Jugendklubs zu beschließen. Es wird keine Ordnungsmäßigkeit bestehen, müssen die einzelnen Gruppen (freie Gewerkschaften, Arbeiterjugend und Sozialistische Arbeiterjugend) sofort miteinander in Verbindung treten, um eine genügende Vorbereitung zu ermöglichen.

Ueber die Stellungnahme zu den einzelnen Jugendschutzforderungen unterrichten die bisherigen Veröffentlichungen, die die Organisationen vom Reichsausschuss der Arbeiterjugend-Organisationen, Berlin SO 16, Engelstraße 24/26, anfordern können.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Bekanntmachung: Geschäftsbericht-Vorbereitung. Der Geschäftsbericht des Zentralvorstandes wird dem Verbandstag wie üblich gebildet vorgelegt, er umfaßt die Periode 1920 und 1921. Die Herstellungskosten sind außerordentlich hoch und kann ein solcher Bericht nur zum Selbstkostenpreis an die Verbandsmittglieder abgegeben werden. Um die Auflage festzustellen, ist es notwendig, daß Zeitstellen und Einzelmitglieder recht bald ihren Bedarf bestellen.

Stamps. Noch immer werden ungenügend frankierte Briefschaften eingeleitet. Unter anderem auch unglückliche Briefmarken. Alle Postwertzeichen, auf denen der Preis gebildet mit Schwarz aufgedruckt wurde, sind ungültig und erfordern doppeltes Porto als Strafe! Kollegen, vermeidet es!

Bekanntmachungen der Zahlstellen und Gauleitungen.

Deßau. Der Kollege Otto Ewald, geb. 28. 7. 1885 zu Guben, hat bei seiner Abreise übersehen, seine hier lagernde Interimskarte in Ordnung zu bringen. Eine neue darf ihm also nicht ausgeschrieben werden!

Großtanzdorf. Für die ausgesperrten Kollegen sind noch 929,40 Mark zu quittieren. (Sammelkasse Oberpeilau.) Den Spendern sagt Dank. Die Ortsverwaltung.

Meiten. Das Mitgliedsbuch des Kollegen Georg Greiner, Verbandsnummer 50 417, ist verlorengegangen, wird hiermit für ungültig erklärt. Wohl Boggenreuther, Kassierer.

Adressenänderungen.

- 1. Gau. Kurlach (Bezirk Ostfriesland). Vorf.: Karl E. M. r i c h, Emden, Gartenstraße 26.
- 2. Gau. Eßau, Sa. Vorf. u. Kass.: Hans S c h w a r z, Hansenstr. 2.
- 3. Gau. Wollshagen. Vorf.: Karl P a h l, Nr. 170.
- 4. Gau. Walsheim. Vorf.: Peter P l u m, Benneken, Post Cornesminster.
- 5. Gau. Wüdingen. Vorf. u. Kass.: Fritz S ö g e l e i n, Salsbaderstr. 78.
- 6. Gau. Großlattengrün. Vorf.: Johann S c h e n k l, Leichberg, Post Großlattengrün.
- 7. Gau. Weidersberg. Vorf.: Karl F r o h m a d e r; Kass.: Joh. B o d.
- 8. Gau. Bürgstadt. Vorf.: Karl H e l m s t e t t e r, Nr. 89.

Briefkasten.

Saubsdorf, Pr. Einzelne finden schon Unterkommen, truppweise bedarf es einer Genehmigung, die unter heutigen Verhältnissen nicht gegeben wird.

Marmor. B. Jal. Bürgstadt D. Werbungskosten im festen Pauschalsatz gab es 1920 noch nicht. Erst kam das Existenzminimum des Steuerpflichtigen, dann für Frau und Kind. Die weiter zulässigen Abzüge, Gewerkschafts- und Parteibeiträge, Versicherungsbeiträge usw. mußten einzeln aufgeführt werden. Darüber wurde jedoch schon oft im Steinarbeiter geschrieben, es kann nicht alle paar Wochen wiederholt werden. Bes. nach Nr. 86, Jahrgang 1920, Nr. 4 und 16, Jahrgang 1921.

Längen. Schr. Solche Inserate werden abgelehnt, sie riechen nach Kurpfuscherei. Dazu ist das Geld unserer Kollegen zu teuer verdient.

Schmied. Die Rente kann gekürzt werden, wenn ihn Ihrem Fall die „Gewöhnung“ eingetreten ist. Gegen den Bescheid ist Berufung einzulegen binnen 4 Wochen. Dem Arbeitersekretariat übertragen, vielleicht unternimmt es auch der Kollege Seibel.

H. M. Die Frage ist reichlich unklar. Dem Zollamt braucht keine Mitteilung gegeben werden. Die Mietzinssteuer ist eine rein örtliche Abgabe und deshalb sehr verschieden, hier beginnt sie bei 400 M. an. Die Stempelsteuer ist etwas anderes, darüber sind wir nicht informiert.

Früh. R. Das ist kein Sperrgrund, müssen schon andere Unterlagen beigebracht werden.

Neue Bücher, Zeitschriften usw.

Ein unentbehrliches Lehrbuch für Betriebsräte ist das demnächst erscheinende Buch: „Aus der Betriebsratspraxis“, 1. Teil von Clemens Körpel, Berlin. Neben Platon „Kommentar zum Betriebsratsgesetz“ wird jeder Betriebs-, Arbeiter- und Angestelltenrat, Gewerkschaftsfunktionär und Referent, überhaupt jeder Arbeitnehmer dieses Lehrbuch brauchen, da es eine notwendige Ergänzung des Kommentars ist. Es führt den Betriebsrat in seine Tätigkeit ein und legt den Sinn und Zweck des Gesetzes klar. Weit entfernt davon, ein Paragraphenwerk zu sein, gliedert und gestaltet es in lebendiger frischer Darstellung das Betriebsratsgesetz so bildlich, daß sich jeder Neuling sofort zu recht findet, und auch der schon bewährte Betriebsrat viele Anregungen erhält, vor allem sich die Systematik des Gesetzes aneignen kann. Die gebrauchten Beispiele sind ganz gemeinverständlich gehalten. Das Buch ist von einem Arbeitnehmer für Arbeitnehmer geschrieben. Der Verfasser zitiert zu den besten Kennern der praktischen Möglichkeiten, der Auswirkung und der Durchführung des Betriebsratsgesetzes. Auch werden alle Betriebsfunktionäre, Referenten, Gewerkschafts- und Arbeitersekretäre an Hand des Buches sofort in die Lage versetzt, über jeden Abschnitt des Betriebsratsgesetzes, über Zweck und Ziel desselben ausläuternde Vorträge zu halten. Ein ebenfalls in Kürze erscheinender 2. Teil wird eine vollständige prinzipiell durchgearbeitete Sammlung von Urteilen, Schiedssprüchen und Bescheiden zu sämtlichen Paragraphen des B.R.G. enthalten. Im Hinblick auf die bevorstehenden Neuwahlen der Betriebsräte verdient das Buch die besondere Beachtung der Arbeitnehmerschaft, um so mehr, als es bei Vorbestellung bis zum 15. März 1922 zu dem ermäßigten Preise von 10 M. erhältlich ist. Nachher wird es 12 M. kosten. Bestellungen sind an die drückliche Parteibuchhandlung oder direkt an den Verlag: Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, einzusenden.

Berichtungs-Anzeige.

Kein Mitglied soll fehlen. Leipzig, Dienstag, 14. März, abends 5 1/2 Uhr, im Volkshaus, Karlstraße. 6. Gau, Gautonferenz am 19. März, vormittags 10 Uhr, Banmeisterstr. 54, im Gasthaus „zum Pfälzer“. (Tagesordnung und weiteres, siehe Nr. 9.)

Anzeigen

Siegler's Schriftzeichnerei, Gießen (Hessen) Licherstraße 37. Leher-Institut! Schriftenmuster 30 M. Jeder kann Schrift zeichnen nach meiner Methode! 50-60 M.

ARBEITSHOSEN

Prima Tuchleder, lieferbar in schwarz, weiß und silbergrau, sowie Pilot und Ia Manchesterhosen offeriert zu billigsten Preisen. W. Hübner, Niederoderwitz i. Sa.

Berlin

Mittwoch, 15. März, abends 6.30 Uhr, im Gewerkschaftshaus (Großer Saal)

Berammlung aller Branchen.

Tagesordnung: 1. Anträge zum Verbandstag; 2. Aufstellung der Kandidaten zum Verbandstag; 3. Verschiedenes. Das Erscheinen aller Kollegen ist dringend notwendig.

Achtung! Erwerbslose und Kranke!

Alle Kollegen, welche am 11. März 4 Wochen erwerbslos oder krank sind, erhalten laut Vorstandsbeschluss eine Sonderunterstützung. Die Auszahlung findet Sonnabend, den 11. März, von 8-2 Uhr statt. Die Ortsverwaltung.

Schriftthauer und Steinmetzen

auf Muschellack und Sandstein werden in dauernde Arbeit gesucht. Stettiner Steinindustrie G. m. b. H., Stettin.

Wir suchen zum sofortigen Eintritt mehrere tücht. Steinmetzen

für alle vorkommenden Steinmetzarbeiten, Schriftthauer bevorzugt, auch solche, die etwas Kenntnisse in der Marmor- und Steinbearbeitung besitzen. — Dauernde Stellung. — Wenn möglich Junggesellen, da Wohnungsmangel. Gebr. Kraß, Cumerich a. Rhein Stein- und Bildhauerei — Grabmalgeschäft Mechanische Marmor- und Granitschleiferei.

8-10 Granitpflastersteinhauer

gegen hohen Akkordlohn sofort gesucht. Unterakkordant mit Werkzeugschmied bevorzugt. N. Miener, Steinbruch Löhningen, Amt Waldhüt (Bad.)

Tüchtige Steinmetzen

auf Sandstein und Muschellack, Schriftthauer bevorzugt, stellen ein C. u. P. Quirbach, Betzdorf a. Sieg.

Stelle sofort mehrere tüchtige Steinbauer und 2 Steinbrecher

bei hohem Lohn ein Hans Lauer, Sandsteinbrüche, Oerlinghausen (Lippe).

Tüchtigen Sandsteinmetz

der firm' im Schriftthauer und Zeichen, auch Verzierungsarbeiten in Granit arbeitet, stellt bei gutem Lohn- und Arbeitsverhältnis sofort für dauernd ein Fritz Schurtz, Ueckermünde.

10-12 tücht. Granitpflastersteinhauer

gegen hohen Akkordlohn, sowie 2 tüchtige Spalter gegen hohen Stundenlohn für dauernd gesucht. Schwarzwald-Granit- und Sandsteinwerke Tiefenstein, E. Humpert.

Ein tüchtiger Steinmetz

welcher in der Grabmalbranche bewandert ist, mit der Bearbeitung von Sand- und Kalkstein vertraut, wird für dauernd gesucht. Kost und Wohnung im Hause. Bildhauer Schütz, Dettelbach am Main.

Tüchtige Steinmetzen für dauernde Beschäftigung

sucht. — Lohn nach hiesigem Friedensakkordtarif plus 1800 Prozent Zuschlag. Carolinieg. Porphyrbüchse auf dem Hochflitzer Berg, G. m. b. H., Hochflitz (Sachsen).

STEINMETZ u. SCHRIFTHAUER

für erhabene Schriften in Kalk- und Sandstein, der auch Ornamente mit aushauen kann, auf sofort gesucht. HUGO MEIER, DETMOLD, Paulinenstraße 2.

Tüchtiger Steinmetz für Sandstein bei Tariflohn sofort

gesucht. — Fahrtvergütung. — Georg Gutchen, Reichenbach (Schlesien).

Suche sofort für dauernd einen tüchtigen, soliden STEINMETZ

der im Schriftzeichnen und -hauen sowie im Kalkulieren durchaus erfahren ist. Tariflohn zur Zeit 15 M. B. MÜLLER, JEVER (OLDENBURG).

1 Säger für die Carborundum-Kreissäge

1 Marmorhauer für Plattenarbeit 1 Hand- und Maschinenschleifer für farbige Marmorarten, alles gut eingerichtete Leute, sofort für dauernd gesucht. Stundenlohn 14,50 M. Marmorwarenfabrik Jean Wolf, Frankfurt a. M.-Oberrad.

Unverheirateter Steinmetz

bauernd für Grabsteinarbeit gesucht. Gute Kost und Logis vorhanden. Firma F. Conrad, Steinmetzmeister, Kyritz (Brandenburg).

2 tüchtige Marmor-Maschinenschleifer

zum sofortigen Eintritt gesucht. Georg Horn, Marmorwarenfabrik und Sandstrahlblowwerk, Hächst am Main. Schließfach 33.

1000 Drahtschutzmasken für Steinarbeiter

große Form, zum Spottpreis von 3 Mark pro Stück sofort greifbar. Tadellose Ware. E. A. Müller, opt. Ind., Kirchheim-Teck 6.

Verstorben.

- Unter dieser Rubrik werden nur diejenigen Sterbefälle veröffentlicht, für die die Todesanzeigen zur allgemeinen Kenntnis einzeln zu werden.
- In Hohlburg am 17. Februar der Pflastersteinmacher Julius Weimer, 55 Jahre alt, Lungenentzündung.
- In Barmen am 18. Februar der Dreher Friedrich Müller, 52 Jahre alt, Lungenentzündung.
- In Speichersbrunn am 21. Februar der Grifflmacher L. Peterhänel, 57 Jahre alt, Grippe.
- In Hofemühle am 22. Februar der Dreher Peter Knapp, 18 Jahre alt, Grippe.
- In Hemmerau am 23. Februar der Pflastersteinmacher Franz Seidl, 29 Jahre alt, Lungenentzündung.
- In Sunswinkel am 24. Februar der Pflastersteinmacher Theodor Markus, 63 Jahre alt, Grippe.
- In Striegau am 25. Februar der Pflastersteinmacher Paul Kuttig, 49 Jahre alt, Lungenleiden.
- In Rindnach am 25. Februar der Granitsteinmetz Eduard Eibl, 60 Jahre alt, Grippe.
- In Oberpeilau am 1. März der Marmorsteinmetz A. Heißig, 67 Jahre alt, Lungenschlag. Ehre ihrem Andenken!

Verantwortliche Schriftleitung: Hermann Siebold, Verlag von Ernst Binkler, beide in Leipzig. Gedruckt in der „Neuen Presse“, Leipzig.